

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/721

Ministerin

Herrn
Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Klaus Schlie, MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

16. Januar 2013

**Programm des irischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union
1. Januar - 30. Juni 2013**

Sehr geehrter Herr Präsident,

gem. § 9 Absatz 7 des Parlamentsinformationsgesetzes (PIG-SH) übersende ich Ihnen das beigefügte Programm der irischen Ratspräsidentschaft vom 1. Januar – 30. Juni 2013 zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Anke Spoorendonk

Anlage

Hinweis: Das Programm wurde an die Mitglieder des Europaausschusses verteilt und kann über den Internetauftritt des Landtages unter sh-landtag.de -> Dokumente -> Umdrucke oder über www.eu2013.ie/media/eupresidency/content/documents/EU-Pres_Prog_GERMAN_A4.pdf heruntergeladen werden.

Programm des irischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union

1. Januar - 30. Juni 2013



eu2013.ie

FÜR STABILITÄT, ARBEITSPLÄTZE UND WACHSTUM

Inhalt

Für Stabilität, Arbeitsplätze und Wachstum	1
Die zentralen Prinzipien des irischen Ratsvorsitzes	2
Irlands Ansatz	3
TEIL 1: Überblick	5
1. Stabilität gewährleisten	6
Bankenunion	6
Europäisches Semester	6
Wirtschafts- und Währungsunion – die nächsten Schritte	7
2. In nachhaltige Arbeitsplätze und Wachstum investieren	8
Ein zukunftsfähiger Binnenmarkt	8
Die nächste Generation: Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen	9
Die zukünftigen Investitionen der EU in Richtung Arbeitsplätze und Wachstum lenken	9
Intelligentes und nachhaltiges Wachstum	10
3. Europa und die Welt	11
Frieden, Sicherheit und Demokratie erhalten und unterstützen	11
Weltweite Armut und Hunger bekämpfen	12
Neue Märkte für europäische Exporteure	12
Die Führungsrolle im Bereich Klimawandel wieder einnehmen	12
TEIL 2: Ratsformationen	13
Allgemeine Angelegenheiten	14
Zukünftige Finanzierung: der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR)	14
Wirtschaftliche Ordnungspolitik	14
Regionalpolitik/Kohäsionspolitik	15
Erweiterung	16
Integrierte Meerespolitik	16
Netzsicherheit	17
Auswärtige Angelegenheiten	18
Internationaler Handel und Investitionen	18
Entwicklungs- und humanitäre Politik	20
Verteidigungspolitik	20
Europäische Nachbarschaftspolitik	21
Wirtschaft und Finanzen	22
Bankenunion: Stabilität unterstützen und Vertrauen bilden	22
Stärkung der Finanzaufsicht	23
Haushaltsplan der EU	23
Besteuerung	24
Europäisches Semester	24
Sechserpaket und Zweierpaket der Gesetzgebung zur wirtschaftspolitischen Steuerung	24
Fahrplan für die Fertigstellung der EWU	25
G20 Treffen der Finanzminister, Zentralbankpräsidenten und ihrer Stellvertreter	25

Justiz und Inneres	26
Justiz für Wachstum: Vertrauen in den Binnenmarkt stärken	26
Kriminalität: verstärkte Kooperation und Unterstützung für die Strafverfolgung	27
Asyl und Migration	27
Schengen-Konvention	28
Stärkung der Bürgerrechte	28
Landwirtschaft und Fischerei	29
Landwirtschaft	29
Fischerei	30
Forstwirtschaft	31
Wettbewerbsfähigkeit	32
Zukunftsfähiger Binnenmarkt	32
Geistiges Eigentum	33
Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)	34
Modernisierung des EU-Beihilfenrechts (SAM)	35
Zoll	35
Gesellschaftsrecht	36
Forschung und Innovation	36
Raumfahrt	37
Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz	38
Für Arbeitsplätze	38
Fokus auf Chancen für Europas Jugend	39
Arbeitskräftemobilität, für Arbeitsplätze und Wachstum	39
Arbeitnehmerrechte, Sicherheit und Gesundheit	40
Sozialinvestitionspaket	40
Gleichberechtigung	40
Gesundheitspolitik	41
Umwelt	43
7. Umweltaktionsprogramm	43
Klimawandel	43
Umweltrecht	45
Internationale Agenda zum Klima- und Umweltschutz	46
Verkehr, Telekommunikation und Energie	48
Fazilität "Connecting Europe" (CEF)	48
Verkehr	48
Telekommunikation	49
Energie	51
Bildung, Jugend, Kultur und Sport	53
Bildung	53
Jugend	54
Kultur	54
Sport	54

Für Stabilität, Arbeitsplätze und Wachstum

2013 läutet eine neue Phase in den Bemühungen der Europäischen Union um die Wiederbelebung der Wirtschaft ein. Irlands Vorsitz im Rat der Europäischen Union steht ganz im Zeichen der Stabilitätssicherung und der Sicherstellung, dass diese zu Arbeitsplätzen und Wachstum führen wird.

Dieses Programm beinhaltet reale und greifbare Entscheidungen, die wir vorantreiben werden, wenn Irland von Januar bis Juni 2013 in neun unterschiedlichen Ratsformationen den EU-Ratsvorsitz führt. In Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedsstaaten, den EU-Organen und anderen Stakeholdern wird der irische Ratsvorsitz der eines Landes im Wiederaufschwung sein, das nun den Wiederaufschwung Europas vorantreibt.

Die Krise seit 2008 hat die zentralen Schwächen des währungs- und steuerpolitischen Rahmens der Europäischen Union aufgedeckt. Sie hat auch gezeigt, dass bedeutende Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten bestehen. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise haben inakzeptabel hohe Arbeitslosigkeit und Härten für viele in der EU geführt, gerade auch in Irland.

Die Krise hat auch gezeigt, wie eng unsere Volkswirtschaften verbunden sind. Die EU muss sich stärker einsetzen, um die Probleme, denen wir gemeinsam gegenüberstehen, zu bewältigen. Die Mitgliedsstaaten müssen sicherstellen, dass die Struktur der Union den Realitäten einer zunehmend verwobenen Wirtschaft inner- und außerhalb unserer Grenzen entspricht. Generell müssen wir in der Union das auch umsetzen, was wir vereinbart haben, unsere Ordnungspolitik stärken, in Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen investieren, einen zukunftsfähigen Binnenmarkt entwickeln und unser Engagement mit unseren externen Partnern erneuern. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Mit dem Eintritt in die nächste Phase des Wiederaufschwungs ist es nun Zeit, den maximalen Nutzen aus Europas Werten und Stärken zu ziehen und zu beweisen, dass die europäische Methode der Entscheidungsfindung zu den notwendigen Veränderungen führen kann. Die Europäische Union hat vor kurzem den Friedensnobelpreis erhalten für ihre Erfolge bei der Schaffung von dauerhaftem Frieden. Ihr zentrales Projekt für 2013 ist es, den Wohlstand in fairer Weise und langfristig herzustellen.

Die zentralen Prinzipien des irischen Ratsvorsitzes

Bei der Auswahl unserer Prioritäten für die aktuelle Agenda im Bezug auf EU-Gesetzgebung und Initiativen haben wir uns stets dieselbe Frage gestellt: "Macht es einen Unterschied?"

Dieses politische Programm legt im Detail die Vorschläge und Initiativen dar, auf die wir uns innerhalb der verschiedenen Politikbereiche und Ratsformationen konzentrieren werden. Die Schlüsselbereiche, in denen wir Fortschritte erzielen wollen sind:

Nachhaltiger Wiederaufschwung mit Blick auf die Menschen

Die dringendste Priorität für die Union ist es, Wirtschaftswachstum zu schaffen, welches zu Arbeitsplätzen führt für jene Menschen, die in den letzten Jahren der Wirtschaftskrise durch die verheerenden Verluste an Arbeitsplätzen beeinträchtigt wurden. Wir müssen daher zu allererst eine anhaltende Stabilität sicherstellen, beginnend mit der notwendigen Erneuerung der wirtschaftlichen Ordnungspolitik Europas. Schlüsselbereiche für diesen Fortschritt werden die Bankenunion und die Reform der Finanzdienstleistungen sein, verbunden mit verbesserter wirtschaftlicher Koordination durch das System des Europäischen Semesters.

Gleichzeitig wird der irische Ratsvorsitz in den 6 Monaten seiner Aktivität ein Schlaglicht auf die Jugendarbeitslosigkeit richten. Wir sind bestrebt, die Dynamik hinter den Paketen zur Jugendbeschäftigung und zu Sozialinvestitionen voranzutreiben und Einigungen in den Bereichen Gesundheit, Mobilität und Bildung zu erreichen.

Investitionen in beschäftigungsfreundliches Wachstum in Europas Ressourcen

Der Binnenmarkt war schon bisher eine der großen europäischen Erfolgsgeschichten. Wir werden uns insbesondere dafür einsetzen, die Gesetzgebung zur Förderung der digitalen Wirtschaft in Europa voranzutreiben. Wir werden auch eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung des Sektors verfolgen, welcher das höchste Potenzial für Wachstum und Arbeitsplätze in Europa aufweist – unsere KMU. Dazu gehören unter anderem ein verbesserter Zugang zu Krediten, Chancen in der öffentlichen Auftragsvergabe und Forschungsfinanzierung.

Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um eine Entscheidung über den Haushalt der EU 2014 bis 2020 herbeizuführen. Daraus ergibt sich themenspezifische Arbeit in Schlüsselbereichen wie der GAP-Reform, Fragen der Kohäsionspolitik und dem Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020. Wir werden uns besonders auf das Potenzial der natürlichen Ressourcen Europas konzentrieren, an Land und auf See („blaues Wachstum“), und die Agenda zur grünen Wirtschaft als einen Motor für intelligentes und nachhaltiges Wachstum wieder aufs rechte Gleis bringen.

Europa und die Welt: eine Win-Win-Beziehung mit unseren Partnern

Der Aufschwung in Europa kann natürlich nicht in der Isolation erfolgen und Europa muss sich als effizienter Partner auf dem Weltmarkt beweisen. Wir werden den Handel prioritär behandeln und an der Öffnung neuer Märkte arbeiten, wodurch sich neue Chancen für Unternehmen eröffnen, was wiederum zu mehr Arbeitsplätzen und Wachstum führt.

Irland wird als Ratsvorsitz die Erweiterungsagenda vorantreiben und die Arbeit des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) zur Stärkung der Beziehungen mit unseren Nachbarn unterstützen. Wir werden uns insbesondere auf Entwicklung und Humanitärpolitik konzentrieren – vor allem auf die andauernde globale Hungerkrise und den Klimawandel. Als Ratsvorsitz werden wir uns auch für eine Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und der UNO einsetzen, insbesondere in den Bereichen Krisenmanagement und friedenssichernde Maßnahmen.

Irlands Ansatz

Die Art und Weise, wie ein Ratsvorsitz seine Geschäfte führt und mit den anderen Mitgliedstaaten und Partnern in den EU-Institutionen zusammenarbeitet, ist von großer Wichtigkeit. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament sind für die Durchsetzung unserer Agenda unabdingbar. Wir werden in den sechs Monaten unseres Ratsvorsitzes unsere Erfahrungen auf nationaler Ebene im Hinblick auf die steuerliche und wirtschaftliche Stabilität und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts einbringen. Wir arbeiten daran zu Hause, und als Ratsvorsitz werden wir unseren Beitrag zu einer wachstums- und arbeitsfreundlichen Agenda in Europa leisten. Unsere Arbeit als Ratsvorsitz ist auch Teil des Trioprogramms für die nächsten 18 Monate, welches wir mit unseren Partnern im Dreiervorsitz (Litauen und Griechenland) abgestimmt haben.

Irland feiert im Jahr 2013 auch 40 Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Dies ist unser siebter Ratsvorsitz. Seit unserem Beitritt im Jahr 1973 ist die Union von neun auf 27 Mitglieder angewachsen; zehn neue Mitgliedstaaten traten während der letzten Ratspräsidentschaft im Jahr 2004 bei. Die Institutionen der EU haben sich weiterentwickelt, so auch der Vorsitz über den Rat. Unser Ansatz wird im Kern das Beste aus unseren bisherigen Vorsitzen widerspiegeln – stets ein ehrlicher Unterhändler, offen und transparent, nach Effizienz strebend und ergebnisorientiert.

Neben unseren Geschäften als Ratsvorsitz in Brüssel, Straßburg und Luxemburg freuen wir uns auch, in den Monaten zwischen Januar und Juni 2013 etwa 15.000 Gäste bei 180 Veranstaltungen im Rahmen des Ratsvorsitzes in Irland willkommen heißen zu können.

Wir freuen uns, Anfang Januar das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger in Dublin ausrufen zu können und ein vielfältiges Programm irischer Kulturveranstaltungen in Irland, Brüssel und anderen europäischen Zentren zu präsentieren.

TEIL 1: Überblick

1. Stabilität gewährleisten

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Schwächen in der währungs- und steuerpolitischen Struktur der EU aufgedeckt. Wir werden uns um die dringenden und kurzfristigen Probleme kümmern; von ebenso großer Wichtigkeit für den irischen Ratsvorsitz ist allerdings auch die Schaffung eines solideren Fundaments für Stabilität. Dieses Fundament wurde in einer Reihe von Ratsversammlungen bereits vorbereitet: insbesondere die Bankenunion, der Prozess des Europäischen Semesters und die nächsten Reformschritte im Hinblick auf die Wirtschafts- und Bankenunion gemäß der Beschlüsse im Europäischen Rat vom Dezember 2012.

Um das nachhaltige Vertrauen zu sichern, das für die nächste Phase des europäischen Wiederaufschwungs – Arbeitsplätze und Wachstum – notwendig ist, müssen wir die erreichte Stabilität auf nachhaltige Weise verankern.

Bankenunion

Die europäischen Staatsoberhäupter haben sich am 29. Juni 2012 einstimmig geeinigt, dass eine Trennung zwischen Banken und Staaten unabdingbar ist. Diese Verbindung zwischen dem Souverän und den Finanzinstitutionen hat nicht nur Staaten Schwierigkeiten gebracht in Form von Kosten von Rettungspaketen für Banken, sondern auch negative Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von erschwinglichen Krediten für Unternehmen und Haushalte mit sich gebracht. Die Wirtschaft der EU kann nicht wirklich wachsen, wenn Investoren und Verbraucher kein Vertrauen in das Bankensystem der Union haben und die Aufsichtsarchitektur, auf denen dieses aufgebaut ist.

Der Ratsvorsitz wird aus diesem Grund alle Anstrengungen in Richtung einer Einigung über die Vorschläge zur Bankenunion unternehmen. Die weitreichenden Vorschläge zielen auf eine effektivere Aufsicht, die Abwicklung von zahlungsunfähigen Banken und größeren Schutz für Steuerzahler und Verbraucher ab. Die Vorschläge tragen auch zur Entwicklung eines Frühwarnsystems bei, um zukünftige Banken Krisen zu vermeiden. Der Ratsvorsitz wird in anderen Bereichen aktiv sein, um Finanzregulierung zu straffen, wo es zweckmäßig erscheint, um die Interessen von Verbrauchern und Investoren besser zu schützen und die Wiederholung vergangener Fehler zu vermeiden.

Europäisches Semester

Der Prozess des Europäischen Semesters ist ein neues System der wirtschaftspolitischen Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten, das auf die Sicherung langfristiger Stabilität abzielt. Es wurde konzipiert um sicherzustellen, dass die Mitgliedsstaaten ihre haushalts- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen bringen. Der letztendliche Zweck des Semesters ist es, nachhaltiges Wachstum zu schaffen, welches die Schaffung von Arbeitsplätzen und erneuten sozialen Zusammenhalt in Europa mit sich bringt, wie dies auch die Strategie Europa 2020 vorsieht.

Irland hat einen strategischen Fahrplan für sein Management des Europäischen Semesters 2013 in den jeweiligen Ratsformationen und ihren vorbereitenden Gremien vorbereitet. Der irische Ratsvorsitz wird koordinierend und beständig an den Vorbereitungen zu den im März und Juni stattfindenden Ratstagungen mitarbeiten, so dass unsere gemeinsame Arbeit einen echten Beitrag zur Sicherung des Wiederaufschwungs in Europa leisten kann.

Eine verbesserte Einbindung des Parlaments in den Prozess des Europäischen Semesters ist unentbehrlich. Wir werden mit dem Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten zusammenarbeiten, um dies zu erreichen.

Wirtschafts- und Währungsunion – die nächsten Schritte

Am 14. Dezember 2012 veröffentlichte der Europäische Rat seine Schlussfolgerungen zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) und legte eine Reihe von Meilensteinen fest. Der irische Ratsvorsitz wird die vom Europäischen Rat festgelegten Vorschläge und Prioritäten prioritär behandeln, unter anderem im Bezug auf den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) und einen gemeinsamen Abwicklungsmechanismus, und diese wo auch immer vorantreiben. Diese Vorschläge wurden auf Basis des durch den Präsidenten des Europäischen Rates in Kooperation mit den Präsidenten der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und der Eurogruppe vorgelegten Berichtes „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“ sowie eines am 28. November durch die Europäische Kommission vorgelegten Entwurfs zur WWU erarbeitet. Wir haben auch die Absicht des Präsidenten des Europäischen Rates zur Kenntnis genommen, weitere Vorschläge und einen Zeit- und Fahrplan für zukünftige wirtschafts- und finanzpolitische Reformen bis zum Juni 2013 vorzulegen und sind bestrebt, in diesem Prozess konstruktiv mitzuwirken. Das Ziel dieser Maßnahmen ist die Sicherstellung einer stärkeren und effektiveren EWU, die vertrauensbildend wirken und den wirtschaftlichen Wiederaufschwung und Beschäftigungswachstum in ganz Europa unterstützen kann.

2. In nachhaltige Arbeitsplätze und Wachstum investieren

Die EU muss alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltiges Wirtschaftswachstum möglich zu machen. Der irische Ratsvorsitz wird sich um Einigung über eine Reihe von Vorschlägen bemühen, welche für die Bürgerinnen und Bürger und für Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen einen echten Unterschied machen. Für Irland als EU-Ratsvorsitz muss die nächste Phase des europäischen Wiederaufschwungs einen zukunftsfähigen Binnenmarkt – insbesondere einen digitalen Binnenmarkt – beinhalten und sich besonders um die nächste Generation annehmen, indem das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Angriff genommen wird.

Eine Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 (MFR) sollte so bald wie möglich erzielt werden. Der irische Ratsvorsitz wird intensiv mit seinen Partnern zusammenarbeiten – insbesondere mit dem Europäischen Parlament – um eine interinstitutionelle Vereinbarung über eine Reihe von Instrumenten zu erreichen, welche die Freigabe von Geldern zur Stimulierung von Arbeitsplätzen und Wachstum ermöglichen. Diese Instrumente werden als Motor für das Potenzial der EU im Bereich Forschung und Innovation dienen, den sozialen Zusammenhalt fördern und intelligente Investitionen in unsere natürlichen Ressourcen an Land und auf See ankurbeln.

Ein zukunftsfähiger Binnenmarkt

Der Binnenmarkt war schon bisher eine der größten Erfolgsgeschichten der Europäischen Union. In den letzten zwanzig Jahren hat er die EU wettbewerbsfähiger gemacht und sowohl für Arbeitgeber als auch Verbraucher zahllose Vorteile geschaffen. Aber die Gesetzgebung, auf der sich der Binnenmarkt begründet, muss sich an die Marktentwicklungen und den Lebensstil unserer Bürger anpassen.

Der digitale Binnenmarkt

Ein Wachstum der digitalen Wirtschaft führt zur Förderung von grenzüberschreitendem Handel und einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, was zu langfristigen Vorteilen für Unternehmen und Endverbrauchern führt. Der Ratsvorsitz wird sich dafür einsetzen sicherzustellen, dass die EU gut gerüstet ist, um das Wachstum der digitalen Wirtschaft zu unterstützen und zu fördern, indem wir Gesetzesvorlagen zu Themen wie Netzsicherheit, elektronische Unterschrift und Identifizierung, Datenschutz, Ausweitung des Breitbandnetzes und Webzugang vorantreiben. Im Juni 2013 wird Irland die Digitale Versammlung ausrichten; es ist dies das erste Mal, dass dieses Event außerhalb von Brüssel stattfindet.

Mobilität von Arbeit und Bildung

Um einen offeneren Binnenmarkt zu schaffen und Bürgern den Zugang zu neuen Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen, wird der Ratsvorsitz an der Beseitigung von Schranken arbeiten, die noch immer die Mobilität von Menschen innerhalb der Union behindern. Dies betrifft einige wichtige Schritte in Bereichen wie entsandte Arbeitnehmer, die Übertragbarkeit von Renten, die Durchsetzung von Rechten von Wanderarbeitern und die gegenseitige Anerkennung von beruflichen Qualifikationen. Darüber hinaus soll eine Einigung über die Vorschläge zum Programm Erasmus für alle die Weiterführung des Studierendenaustauschs innerhalb der Europäischen Union ermöglichen.

Die nächste Generation: Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Europa muss jugendlichen Menschen die Chance geben, die Entstehung einer "verlorenen Generation" zu verhindern. Im Rahmen der Umsetzung des Paktes für Wachstum und Beschäftigung werden wir an einer Einigung über eine Jugendgarantie arbeiten, die jungen Menschen Möglichkeiten im Bereich Training, Weiterbildung oder Beschäftigung bieten wird Die Jugendarbeitslosigkeit wird auch einer der Schwerpunkte des informellen Ministertreffens in Dublin im Februar 2013 sein.

Die zukünftigen Investitionen der EU in Richtung Arbeitsplätze und Wachstum lenken

Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) soll einen Rahmen für die Einigungen über den jährlichen Haushalt der EU (2014-2020) bilden. Der Haushalt der EU dient der Finanzierung der Wiederbelebung von Wachstum, Investitionen und Beschäftigung und soll Europa wettbewerbsfähiger machen.

Es ist daher dringend notwendig, eine Einigung über den MFR zu erzielen, welcher Vorschläge über die zukünftige Finanzierung der EU für die Jahre 2014-2020 festlegt, damit der wirtschaftliche Wiederaufschwung Europas, zukünftiges Wachstum und sozialer Zusammenhalt unterstützt werden können. Der Ratsvorsitz wird mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten, um eine Einigung über den MFR sicherzustellen und diesen umzusetzen.

Kohäsion

Der Kohäsionsfonds unterstützt die Entwicklung von wirtschaftlichem und sozialem Zusammenhalt in der EU, insbesondere in ärmeren Regionen. Es hat echte Veränderungen herbeigeführt, die Lebensqualität von Millionen Europäern verbessert und die Schaffung von Arbeitsplätzen und die wirtschaftliche Entwicklung unterstützt. Der Ratsvorsitz wird eine Einigung über das Gesamte Kohäsionspaket als prioritär behandeln, um Vorteile für Bürger und EU-Unternehmen in den künftigen Jahrzehnten zu erreichen.

Landwirtschaft, Fischerei und Meerespolitik

Der irische Ratsvorsitz wird die Reform des europäischen Landwirtschafts- und Fischereisektors vorantreiben, um die Erhaltung der Qualität, Sicherheit und Nachhaltigkeit der europäischen Nahrungsmittelversorgung zu garantieren, die globale Wettbewerbsfähigkeit dieser Wirtschaftszweige zu verbessern und Europas ländliche Gemeinden und Wirtschaften zu unterstützen.

Durch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) wird die Rolle, welche diese für die Schaffung von nachhaltigem Wachstum und Arbeitsplätzen spielen, besser definiert werden. Die Vorschläge für eine grünere GAP werden wichtige Motoren für die Ankurbelung der grünen Wirtschaft in der EU sein, während der irische Ratsvorsitz auch einen Schwerpunkt auf Blaues Wachstum legen wird, um das in den 89.000 km Küsten rund um Europa verborgene Potenzial nutzen zu können.

Forschung und Innovation

Das Programm Horizont 2020 wird dazu beitragen, Europa zu einem Zentrum für Spitzenforschung und Innovation zu machen und die Wirtschaftszweige innerhalb der wissensbasierten Wirtschaft mit hohem Potenzial anzukurbeln. Gezielte Unterstützung für Forschung und Innovation kann dazu beitragen, dieses Potenzial auszuschöpfen; der irische Ratsvorsitz wird sich dafür einsetzen sicherzustellen, dass Forschende guten Zugang zu Forschungs- und Innovationsgeldern der EU haben, die Antragsverfahren erleichtert und unnötiger bürokratischer Aufwand abgeschafft wird.

Teil des generellen Schwerpunktes des irischen Ratsvorsitzes auf kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) wird auch unser Engagement dafür sein, dass KMU besseren Zugang zu Forschungsgeldern erhalten. Das COSME-Programm (Wettbewerbsfähigkeit für KMU) wird einen wichtigen Teil unserer Arbeit zur Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit dieses zukunftssträchtigen, arbeitsplatzschaffenden Wirtschaftszweiges sein.

Intelligentes und nachhaltiges Wachstum

Wachstum kann und soll nachhaltig sein und in diesem Kontext ist die EU weiterhin federführend im Kampf gegen die Auswirkungen des Klimawandels. Das Programm des irischen Ratsvorsitzes enthält quer durch alle Politikfelder spezifische Maßnahmen für nachhaltiges Wachstum und stellt gleichzeitig sicher, dass die Dimension der Nachhaltigkeit auch innerhalb vieler anderer Maßnahmen berücksichtigt wird.

Die Wirtschaft grüner zu machen bedeutet auch, nachhaltigere Beschäftigung in allen Wirtschaftszweigen zu schaffen, in der Verarbeitungsindustrie, den Finanzdienstleistungen und im Tourismus sowie in den Wirtschaftszweigen, die traditionellerweise mit „grünen“ Arbeitsplätzen in Verbindung gebracht werden, wie etwa dem Energiesektor.

Auf strategischer Ebene wird Irland sich für nachhaltiges grünes Wachstum und Innovation in Europa einsetzen, indem wir eine Einigung über das 7. Umweltaktionsprogramm forcieren werden. Zu den Bereiche, in denen eine verbesserte Nachhaltigkeit besonders gefördert wird, zählen die Entwicklung der Integrierten Meerespolitik, Entwicklungshilfe, Energiebesteuerung, Horizont 2020, transeuropäische Netze und die Landwirtschafts- und Fischereireformen. All diese Arbeit wird begleitet von einem bedeutenden gesetzgebenden und internationalen Programm des Umweltrates in der Zeit unseres Ratsvorsitzes, während wir ein Schlaglicht auf die enge Verbindung zwischen Energie- und Umweltpolitik werfen, indem wir ein gemeinsames informelles Treffen der zuständigen Minister ausrichten.

Ein besser verbundenes Europa trägt auch zu einem verbesserten Potenzial für Europas zukünftiges Wachstum bei; die irische Ratspräsidentschaft betrachtet die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) als eine ihrer Prioritäten.

3. Europa und die Welt

Europa muss über seine Grenzen hinaus blicken und sich für globale Partnerschaften engagieren.

Irland wird als Ratsvorsitz die Hohe Vertreterin für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik und den Europäischen Auswärtigen Dienst in ihrer Arbeit unterstützen, die Effizienz und Kohärenz der EU-Außenpolitik zu stärken und den großen Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik entgegenzutreten. Wir werden in diesem Bereich unseren Ratsvorsitz nutzen, um einen größeren Beitrag zu Frieden, Demokratie und Wohlstand zu leisten.

Irland freut sich auch darauf, die EU in ihren Bemühungen um die Bewältigung der weltweiten Herausforderungen wie Hunger, Armut und Klimawandel zu vertreten.

Als Teil unserer Anstrengungen in Richtung Stabilität, Beschäftigung und Wachstum wird der irische Ratsvorsitz bilaterale Handelsabkommen mit Schlüsselpartnern wie den Vereinigten Staaten von Amerika vorantreiben. Solche Abkommen sollen positive Auswirkungen für beide Seiten mit sich bringen und neue, bessere Chancen eröffnen.

Frieden, Sicherheit und Demokratie erhalten und unterstützen

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union im Jahr 2012 hat die internationale Staatengemeinschaft daran erinnert, auf welchen Werten die Union aufgebaut wurde.

Diese Werte, vor allem ein starkes Engagement für Frieden, Demokratie und Menschenrechte, sind die tragenden Säulen für Irlands Außenpolitik. Sie sind die Quelle für unsere Beiträge zur Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union sowie ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie werden das Herzstück unserer Unterstützung für die Arbeit der Hohen Vertreterin und des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) bilden.

Zu den Themen, die Irland besonders am Herzen liegen gehören der Schutz und die Förderung der Menschenrechte, das Vorantreiben der weltweiten Ziele für Abrüstung und Nicht-Verbreitung und der Beitrag der Union zu weltweitem Krisenmanagement und Konfliktvermeidung bzw. -lösung. Als Ratsvorsitz werden wir die Umsetzung der Menschenrechtsstrategie der EU vorantreiben, mithelfen, die Position der EU in Schlüsselfragen in den Verhandlungen über Abrüstung und Nicht-Verbreitung zu formulieren, und mitarbeiten an der Stärkung der EU-Kapazitäten in den Bereichen Konfliktvermeidung und -lösung. Irlands jüngste Wahl in den UNO Menschenrechtsrat für eine Periode von drei Jahren ab 1. Januar 2013 verschafft uns verbesserte Möglichkeiten, einen Beitrag im Bereich der Menschenrechtspolitik zu leisten. Auf der anderen Seite sind wir auch gut positioniert, um im Bereich der Konfliktvermeidung und -lösung positive Beiträge zu leisten durch unsere Erfahrungen im Nordirland-Friedensprozess und unsere Rolle als Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2012.

Der Ratsvorsitz wird sich auch für erneute Anstrengungen in Richtung einer weiteren Erweiterung der Union einsetzen und die Entwicklung von demokratischen und friedlichen Gesellschaften in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der Union fördern:

Weltweite Armut und Hunger bekämpfen

Die EU und ihre Mitgliedstaaten investieren bedeutende finanzielle und personelle Ressourcen in die endgültige Bekämpfung von Armut in den Entwicklungsländern und die Unterstützung der Bevölkerung, damit diese ihre Gemeinschaften und Länder selbst zum Besseren verändern können. Die EU muss sicherstellen, dass ihre Entwicklungshilfe so effizient wie möglich eingesetzt wird, um positive Veränderungen herbeizuführen, dass ihre Unterstützung nachhaltig ist, dass sie die Werte der Union widerspiegelt und dass sie an neue Krisen und neue Herausforderungen angepasst wird.

Während seines Ratsvorsitzes wird Irland gemeinsam mit seinen Partnern daran arbeiten, den zukünftigen entwicklungspolitischen Ansatz der EU zu formulieren und zu stärken. Wir freuen uns darauf, Minister und Experten in Dublin willkommen heißen zu können, wenn diese im Rahmen von Konferenzen den Herausforderungen, denen sich die ärmsten Völker der Welt gegenüber sehen, insbesondere die notwendigen Verbindungen zwischen der Bekämpfung von Hunger, Ernährung und Klimagerechtigkeit, entgegentreten.

Neue Märkte für europäische Exporteure

Der Ratsvorsitz beabsichtigt, die Verhandlungen zwischen der EU und Drittländern stärker voranzutreiben, damit unsere Exporteure verbesserten Zugang und bessere Chancen in diesen Märkten erhalten. Der Abschluss von Handelsabkommen mit Kanada und Singapur werden hier wichtige Meilensteine darstellen. Der Ratsvorsitz wird auch bestrebt sein, Fortschritte bei den Verhandlungen über Freihandelsabkommen (FHA) mit Japan, Indien und anderen strategischen Partnern zu erzielen und die Handelsbeziehungen zwischen der EU und China zu verbessern mit besonderem Augenmerk auf Investitionsschutz und Marktzugang.

Der irische Ratsvorsitz wird einen speziellen Schwerpunkt auf die Handelsbeziehungen zwischen EU und USA legen mit dem Ziel, ein formelles Mandat durch den Rat zu erreichen, die Verhandlungen für ein neues und umfassendes Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA aufzunehmen.

Die Führungsrolle im Bereich Klimawandel wieder einnehmen

Neben der Arbeit innerhalb ihrer Grenzen muss die EU weiterhin führend an der Suche nach Antworten auf die weltweite Bedrohung durch den Klimawandel mitwirken. In der Periode des irischen Ratsvorsitzes steht eine schwierige internationale Agenda in Sachen Klimapolitik an; wir freuen uns darauf, die Standpunkte der EU im Bezug auf eine Reihe von dringenden Problemen zu vertreten, unter anderem die Bemühungen, die Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen und den Planeten für zukünftige Generationen zu schützen.

TEIL 2:

Ratsformationen

Allgemeine Angelegenheiten

Der Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ (RAA) bereitet die großen Entscheidungen des Europäischen Rates vor. Er ist auch für einige Themen zuständig, die mehrere Politikbereiche betreffen, so etwa für Fragen der Erweiterung, Kohäsionspolitik und die Beziehung zwischen bzw. das Management der EU-Institutionen.

Als Ratsvorsitz wird Irland den Europäischen Rat darin unterstützen, die Verhandlungen über die zukünftigen Finanzen der Union zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Gleichzeitig werden wir in jedem einzelnen Sektor und Rat für Rat die Verhandlungen über jene Instrumente vorantreiben, die für Wachstum, Arbeitsplätze und sozialen Zusammenhalt notwendig sind.

Zukünftige Finanzierung: der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR)

Die Entscheidungen über die zukünftige Finanzierung der EU (MFR) werden die politisch-strategische Ausrichtung der EU für die Jahre 2014-2020 bestimmen. Der MFR hängt explizit mit der Strategie Europa 2020 zusammen. Die Finanzierung der Schlüsselbereiche und Programme wie der Gemeinsamen Agrarpolitik, Horizont 2020, des Kohäsionsfonds und der Fazilität „Connecting Europe“ wird einen entscheidenden Einfluss auf die Zukunft der EU haben. Sie wird auch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der EU mitgestalten und ihre Wettbewerbsfähigkeit in den nächsten Jahrzehnten.

In Übereinstimmung mit seiner grundlegenden Zielsetzung im Bereich Stabilität, Beschäftigung und Wachstum wird der Ratsvorsitz daran arbeiten sicherzustellen, dass die Finanzierungsprogramme der EU folgenden Zielen dienen:

- » nachhaltiges Wachstum
- » Europas Innovationsfähigkeit
- » Entwicklung von notwendiger Infrastruktur
- » Förderung von Beschäftigung und sozialer Integration.

Sobald innerhalb des Rates eine Einigung über den Gesamtrahmen des MFR erzielt wurde, wird der Ratsvorsitz sich um die Zustimmung des Europäischen Parlaments bemühen. Gleichzeitig werden wir innerhalb des Rates und mit dem Europäischen Parlament Verhandlungen über die einzelnen legislativen Maßnahmen führen um zu gewährleisten, dass das Budget dort eingesetzt wird, wo es zu positiven Resultaten führt.

Wirtschaftliche Ordnungspolitik

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Schwächen einiger europäischer Volkswirtschaften und die Schwachpunkte in der wirtschaftlichen und monetären Struktur der EU aufgezeigt. Die Volkswirtschaften der EU-Staaten sind eng vernetzt und Probleme in einem Staat können rasch gravierende Folgen in anderen Staaten nach sich ziehen. Eine der Reaktionen auf die Krise war die Entwicklung eines verbesserten Systems für wirtschaftliche Steuerung.

Das Europäische Semester ist bestrebt, die Kontrolle über und Koordination verschiedenster Stränge der Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten auf jährlicher Basis zu verbessern, unter anderem im Bereich der Makroökonomik, Haushaltspolitik und Strukturpolitik. Ziel dieser Maßnahmen ist es, gesündere öffentliche Haushalte sicherzustellen, Stabilität zu fördern und das Vertrauen in die Wirtschaft der EU wieder herzustellen, sowohl intern als auch weltweit, sowie Wirtschaftswachstum und erneute Investitionen anzuregen.

Der irische Ratsvorsitz wird bemüht sein, einen zügigen und integrativen Prozess sicherzustellen auf Basis der Lektionen, die wir aus vorhergehenden Semestern gelernt haben. Wie in diesem Strategiepapier ausgeführt, wird der Rat sicherstellen, dass die Resultate des Jahreswachstumsberichts ausführlich in den verschiedensten Räten diskutiert werden, u.a. im ECOFIN-, EPSCO- und COMPET-Rat, welche im Januar und Februar 2013 stattfinden. In Zusammenarbeit mit dem Ratssekretariat, wird der Ratsvorsitz eine detaillierte Zusammenfassung der Diskussionen der Minister über den Jahreswachstumsbericht in den einzelnen Ratsformationen zusammenstellen, welche im Frühlingstreffen des Europäischen Rates vorgelegt wird. Dieser Bericht wird es uns ermöglichen, die Aufmerksamkeit auf Schlüsselmaßnahmen zu lenken, welche die EU und die Mitgliedsstaaten hinsichtlich einer Reihe von Politikbereichen setzen müssen, um den wirtschaftlichen Wiederaufschwung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa zu unterstützen.

Die Reaktion des Europäischen Rates wird gemeinsam mit dem Jahreswachstumsbericht die Entscheidungsgrundlage für die wirtschafts- und haushaltspolitische Planung auf nationaler Ebene bilden, welche von den Mitgliedsstaaten im April 2013 in ihren Programmen für Stabilität und Übereinstimmung und den Nationalen Reformprogrammen ausgearbeitet wird. Diese Programme stellen wiederum die Basis für die Vorschläge der Europäischen Kommission für die Länderspezifischen Empfehlungen (CSRs) im Mai 2013 dar. Der Ratsvorsitz wird sicherstellen, dass die CSR termingerecht fertig gestellt werden, damit sie in der Versammlung des Europäischen Rates im Juni geprüft und verabschiedet werden können.

Der Dialog mit den Sozialpartnern auf europäischer Ebene ist ebenfalls wichtig für die Erreichung der in der Strategie Europa 2020 festgelegten Ziele; diese Gespräche werden daher im Rahmen des makroökonomischen Dialogs, der Reflexion über die Jahreswachstumsberichte und den Dreigliedrige Sozialgipfel vorangetrieben.

Regionalpolitik/Kohäsionspolitik

Die Kohäsionspolitik hat sich eines der effizientesten Instrumente der EU bei der Beseitigung von wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ungleichheiten zwischen einzelnen Regionen der EU erwiesen. Eine weitere Unterstützung ist notwendig, um die Unterschiede innerhalb der EU auszugleichen: Ein Viertel der 271 Regionen in Europa verfügen über ein BNP pro Einwohner, das mehr als 75% unter dem EU-Durchschnitt liegt.

Der Kohäsionsfonds ist ein wichtiger Faktor im MFR. Das Paket an Gesetzesvorlagen der Europäischen Kommission für die Jahre 2014-2020 betreffend den Einsatz von Geldern unterstützt den langfristig strategischen Ansatz der Kohäsionspolitik und schlägt eine engere Abstimmung mit anderen EU-Initiativen wie der ländlichen Entwicklung und der Agrar- und Fischereipolitik vor um sicherzustellen, dass die Investitionen der EU den langfristigen Zielen der EU im Bereich Arbeitsplätze und Wachstum gerecht werden.

In Vertretung des Rates wird der irische Ratsvorsitz intensiv mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten, um Einigungen über die sechs Verordnungen zu erzielen, welche gemeinsam das Kohäsionspaket ausmachen.

Erweiterung

Die Europäische Union hat einen Grad der Zusammenarbeit von Staaten geschaffen, der weltweit ohne gleichen ist. Nach mehr als 50 Jahren der Zusammenarbeit ist die EU heute eine der erfolgreichsten Kräfte für weltweiten Frieden, Wohlstand und den Schutz von Menschenrechten.

Im Jahr 2013 feiert Irland auch 40 Jahre Mitgliedschaft in der Union; unser Beitritt fand damals im Rahmen der ersten Erweiterung der Union statt. Während unseres letzten Ratsvorsitzes im Jahr 2004 konnte Irland im Rahmen eines großen Willkommenstags zehn neue Mitgliedsstaaten in der EU willkommen heißen. Auch im Jahr 2013 wird der irische Ratsvorsitz eine glaubwürdige Erweiterungspolitik auf Basis von fixen Voraussetzungen als prioritär behandeln. Während der Vorsitz die Erweiterung intensiv vorantreiben und Staaten, die sich auf ihre Mitgliedschaft vorbereiten, unterstützen wird, wird vieles von den Fortschritten abhängen, die die Staaten selbst machen.

Als erstes wird der Ratsvorsitz die Begutachtung des letzten Fortschrittsberichts über Kroatien durchführen und freut sich auf den Beitritt Kroatiens zur EU mit 1. Juli 2013. Der Ratsvorsitz wird auch die Arbeiten im Zusammenhang mit den laufenden Beitrittsverhandlungen mit Island vorantreiben. Er wird sich bemühen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder in Schwung zu bringen. Der Ratsvorsitz wird auch die vor kurzem initiierten Verhandlungen mit Montenegro vorantreiben.

Die EU wird unter dem irischen Ratsvorsitz auch die nächsten Schritte in Richtung EU für Serbien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Albanien diskutieren und unter Umständen beschließen.

Integrierte Meerespolitik

Europas Küstenlinie misst etwa 89.000 Kilometer und die wirtschaftliche Aktivität rund um das Meer bietet etwa 5,4 Millionen Menschen in der EU Beschäftigung. Nach Schätzung der Europäischen Kommission könnte diese Zahl auf 7 Millionen angehoben werden. Darüber hinaus laufen etwa 75 Prozent des europäischen Außenhandels und 37 Prozent des Handels innerhalb der EU über das Meer, was die Wichtigkeit einer koordinierten Meerespolitik in Übereinstimmung mit den Zielen der Strategie Europa 2020 zeigt.

Für Irland als Inselstaat sind meerespolitische Fragen und das Wachstumspotenzial einer Reihe von Bereichen wie der nachhaltigen Fischerei, Seetransporte, erneuerbarer Energie, Biotechnologie, Gewinnung von Mineralien des Meeresbodens, Tourismus und Regionalentwicklung von großer Bedeutung. Die im Oktober 2012 vom zypriotischen Ratsvorsitz in Limassol erreichte Übereinkunft über eine meeresbezogene Arbeitsplatz- und Wachstumspolitik stellt einen positiven Schritt in der Entwicklung einer zukünftigen integrierten Meerespolitik der EU dar. Der irische Ratsvorsitz wird in seiner Arbeit auf diesem Erfolg aufbauen.

Der Ratsvorsitz wird auch daran arbeiten, den Vorschlag zur maritimen Raumplanung (MSP) voranzutreiben, welcher einen Interessensausgleich zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen anstrebt, um eine effiziente und nachhaltige Nutzung der wertvollen Meeresressourcen der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten. Er wird auch die Umsetzung der Initiative „Blaues Wachstum“ vorantreiben.

Irland wird sich als Ratsvorsitz auch um Fortschritte bei der Bestätigung des Aktionsplans für die atlantische Strategie bemühen, um die Arbeit in diesem Bereich zu stärken und weiterzuentwickeln und um sicherzustellen, dass die Küstengemeinschaften von einer nachhaltigen Nutzung der reichen atlantischen Ressourcen profitieren. Der RAA ist als Gremium für politische Querschnittsbereiche mit dieser Strategie befasst.

Netzicherheit

Als Teil des Schwerpunktes um den digitalen Binnenmarkt und die Digitale Agenda sieht der Ratsvorsitz der für Anfang 2013 erwarteten gemeinsamen Erklärung der Europäischen Kommission und der Hohen Vertreterin für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit zum Thema Netzicherheit entgegen. Ziel dieser Strategie ist es, ein sicheres und robustes digitales Umfeld für alle EU-Bürger, Unternehmen und öffentliche Stellen zu gewährleisten und den Beitrag der EU zur internationalen Kooperation im Bereich Netzicherheit und Bekämpfung von Cyberkriminalität zu stärken. Im Verlauf des Ratsvorsitzes wird Irland daran arbeiten, die Entwicklung einer umfassenden und schlüssigen Vorgehensweise auf EU-Ebene zum Thema Netzicherheit voranzutreiben, um das Vertrauen von Unternehmen und Verbrauchern zu stärken und dadurch das Wachstum im Online-Bereich zu fördern.

Auswärtige Angelegenheiten

Der Rat "Auswärtige Angelegenheiten" (RAB) befasst sich mit der Festlegung der Außenpolitik der Union und steht unter dem Vorsitz der Hohen Vertreterin der Union für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik. Irland wird als Ratsvorsitz die Arbeit der Hohen Vertreterin und des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) unterstützen. Der Ratsvorsitz wird mithelfen, die externe Effizienz und Stimmigkeit der EU zu stärken und die Antwort der EU auf die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren. Im Rahmen dieses Prozesses wird Irland auch seinen eigenen Beitrag zu den Bemühungen um Frieden, Demokratie und Menschenrechte erweitern. Irland ist ein überzeugter Verfechter der Entwicklungskooperation und wird sich im Rahmen des Ratsvorsitzes auch bemühen, ein Schlaglicht auf den Kampf gegen Hunger, Armut und neue Herausforderungen wie etwa die Auswirkungen des Klimawandels auf die ärmsten Regionen und Völker der Erde zu lenken.

Auch der internationale Handel und neue Impulse für Handelsabkommen mit weltweiten Partnern wie etwa den Vereinigten Staaten, werden eine wichtige Priorität für den irischen Ratsvorsitz sein. Der irische Ratsvorsitz wird auch eine engere Zusammenarbeit und Austausch mit den asiatischen Partnern der EU unterstützen.

Als Ratsvorsitz wird Irland mit der Hohen Vertreterin und dem Europäischen Auswärtigen Dienst gemeinsam daran arbeiten, die Effizienz und Stimmigkeit der Außenpolitik der EU zu fördern, unter anderem auch innerhalb der UNO und anderer multilateraler Foren. Dies wird mithelfen zu gewährleisten, dass die EU mit einer gemeinsamen Stimme in internationalen Verhandlungen auftritt.

Durch ihre Unterstützung der Hohen Vertreterin und des EAD sowie die Beiträge zur Entwicklung und Formulierung der Außenpolitik der EU wird der irische Ratsvorsitz mithelfen sicherzustellen, dass diese politischen Entscheidungen auf den grundlegenden Werten der EU, Frieden, Demokratie und Respekt für Menschenrechte, basieren. Der Schutz und die Förderung von Menschenrechten, auch durch die Unterstützung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Menschenrecht und der Umsetzung der Menschenrechtsstrategie der EU, wird ein Bereich von besonderem Interesse sein. Irland wird auch mithelfen, die Politik und die Positionierung der EU im Bereich der Abrüstung und Nichtverbreitung weiterzuentwickeln. Darüber hinaus wird es an der Stärkung der Kapazitäten der EU im Bereich der Verhinderung und Beilegung von Konflikten mitwirken.

Internationaler Handel und Investitionen

Die weltweiten Handelsstrukturen unterliegen einem ständigen Wandel und die EU muss die Chancen ergreifen, die sich durch rasch wachsende Märkte in Drittländern eröffnen. Die Entscheidung, ein informelles Treffen der Handelsminister abzuhalten gilt als Signal für die hohe Priorität, die Irland diesem Ziel einräumt.

Kanada

Der irische Ratsvorsitz wird daran arbeiten, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada zu einem Abschluss zu bringen.

Östliche und südliche Nachbarstaaten

Die EU unterhält wichtige wirtschaftliche und handelspolitische Partnerschaften mit vielen Ländern in ihrer östlichen und südlichen Nachbarschaft. Die Stärkung dieser Beziehungen, um den Fluss von Handelsgütern und Investitionen zu verbessern und Unterstützung für deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu gewähren, wird ebenfalls einen wichtigen Aspekt unseres Ratsvorsitzes darstellen.

China, Japan, Indien und die ASEAN-Staaten

Die Erzielung von Fortschritten in den Verhandlungen über Freihandelsabkommen (FHA) und Investitionsschutzabkommen mit anderen Drittländern wie Japan, Indien und den ASEAN-Ländern ist ebenfalls eine unserer Prioritäten. Die Liberalisierung des Handels durch FHA beseitigt Handelsschranken und sichert EU-Exporteuren einen verbesserten Marktzugang in Drittländern. Den Beziehungen der EU zu China wird ebenfalls besondere Aufmerksamkeit geschenkt, wobei das Hauptaugenmerk auf den Bereichen Investitionsschutz und Marktzugang liegen wird. Wir werden auch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Asien und Europa mittels ASEM unterstützen, wo regionale und internationale Themen und Anliegen erörtern werden können.

Vereinigte Staaten von Amerika

Die EU und die USA, zwei der größten Handelsblöcke der Welt, sind bereits heute durch starke Handels- und Investitionsbeziehungen verbunden. Der erfolgreiche Abschluss eines zukünftigen Freihandelsabkommens mit den USA hätte signifikante positive Auswirkungen auf den Handel und würde europäischen Exporteuren neue Märkte eröffnen, was zu positiven Effekten für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Wettbewerbsfähigkeit führen würde. Der Ratsvorsitz wird sich intensiv und aktiv dafür einsetzen, die Umsetzung der Empfehlungen der hochrangigen Gruppe „Arbeitsplätze und Wachstum“ voranzutreiben. Diese beinhalten unter anderem Bemühungen um eine neue Generation von Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA.

Unterstützung der Arbeit der WTO

Der irische Ratsvorsitz wird die WTO und das multilaterale Handelssystem aktiv unterstützen; in diesem Jahr wird der neue Generaldirektor sein Amt antreten und eine wichtige Konferenz auf Ministerebene in Bali stattfinden, welche die zukünftige Linie der WTO und den Fortgang der Doha-Runde entscheidend mit beeinflussen werden.

Ausländische Direktinvestitionen

Der Ratsvorsitz wird gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament an einem Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung der Rahmenbedingungen für die Regelung der finanziellen Zuständigkeit bei Investor-Staat-Streitigkeiten vor Schiedsgerichten arbeiten. Dieser Vorschlag ist ein Schlüsselement für die Formulierung einer EU-Politik im Bezug auf ausländische Direktinvestitionen.

Entwicklungs- und humanitäre Politik

Irlands Beitrag zur internationalen Entwicklung ist ein zentraler Bestandteil seiner Außenpolitik, wobei ein Hauptaugenmerk auf dem Kampf gegen Armut und Hunger sowie der Förderung von Frieden, Respekt für Menschenrechte und Gerechtigkeit liegt. Diese Werte liegen auch der Europäischen Union zugrunde und sie unterstützen die Rolle der EU als globalem Akteur in diesem Bereich.

Mehr als 50 Prozent der weltweiten Entwicklungshilfe stammt aus der EU und ihren Mitgliedsstaaten. Während diese Unterstützung Leben rettet, Menschen und Gemeinschaften in Entwicklungsländern stärkt und mithilft, demokratische Institutionen zu schaffen, muss die Union sich der ständigen Herausforderung stellen zu gewährleisten, dass diese finanzielle Unterstützung so effizient wie möglich eingesetzt wird, um das Leben der Armen in den Entwicklungsländern zu verändern.

Der Ratsvorsitz kommt zu einem entscheidenden Zeitpunkt für internationale Entwicklungsagenda im Vorfeld der speziellen Veranstaltung der UNO im Jahr 2013 zu den Millenniumszielen und zu Beginn der Arbeiten an der Formulierung der Rahmenbedingungen nach 2015 – dem Enddatum für die Millenniumsziele.

Der Ratsvorsitz wird gemeinsam mit der Hohen Vertreterin, der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten an Fortschritten in drei verwandten Bereichen arbeiten:

- » die Verbindungen zwischen Hunger, Ernährung und den Auswirkungen des Klimawandels auf die ärmsten Länder der Welt in Angriff zu nehmen und nach Lösungen zu suchen. Dieses Problem wird auch Thema einer internationalen Konferenz sein, welche der Ratsvorsitz im April 2013 in Dublin ausrichtet;
- » eine Stärkung der Verbindung zwischen humanitärer Hilfe, Wiederaufschwung und langfristiger Entwicklung;
- » Zusammenarbeit mit unseren Partnern um eine Einigung über die Position der EU anlässlich der speziellen Veranstaltung der Uno im Jahr 2013 zu den Millenniumszielen und der zukünftigen Gestaltung der Entwicklungspolitik nach 2015.

Verteidigungspolitik

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) dient der Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU durch die Entwicklung von zivilen und militärischen Fähigkeiten im Bereich der Konfliktverhütung und des Krisenmanagements.

Als Ratsvorsitz wird Irland eng mit dem EAD zusammenarbeiten, um die militärische Einsatzfähigkeit im Dienste der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verbessern. Irland wird auch weiterhin die derzeitigen und zukünftigen Kriseneinsätze der EU und die Entsendung von EU-Battlegroups unterstützen.

Irland wird aktiv an der Stärkung der Beziehungen zwischen regionalen Organisationen und der UNO arbeiten insbesondere durch Beteiligung und Einsatz der EU im Rahmen von UNO-Friedenssicherungseinsätzen. Ein Seminar zum Thema „Kooperation von regionalen Organisationen mit der UNO im Bereich des Krisenmanagements und bei Friedenssicherungseinsätzen“ wird im Februar 2013 in Dublin stattfinden.

Der irische Ratsvorsitz wird auch eine verbesserte Zusammenarbeit im Bereich der maritimen Sicherheit und Überwachung anstreben.

Irland wird eng mit der Europäischen Verteidigungsagentur EDA zusammenarbeiten und aufbauend auf den Schlussfolgerungen des Rates vom Dezember 2012 eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten bei der Bereitstellung von Verteidigungsfähigkeiten im Rahmen der Initiativen zur Bündelung und gemeinsamen Nutzung anstreben.

Der irische Ratsvorsitz wird in enger Abstimmung mit dem EAD bei der Vorbereitung erster Gespräche im Vorfeld der für die Europäische Ratstagung im Dezember 2013 vorgesehene Beratung über Verteidigungsfragen assistieren.

Europäische Nachbarschaftspolitik

Der Ratsvorsitz wird in enger Kooperation mit dem EAD die Umsetzung des anreizorientierten Zugangs der europäischen Nachbarschaftspolitik unterstützen, um demokratische Reformen zu fördern und die wirtschaftliche Entwicklung in den südlichen und östlichen Nachbarstaaten der Union zu stärken.

Wirtschaft und Finanzen

Als Vorsitz des Rates "Wirtschaft und Finanzen" (ECOFIN) wird Irland sich den Auswirkungen der Wirtschaftskrise stellen und eine Reihe Initiativen umsetzen, um eine verstärkte Stabilität und den Wiederaufschwung zu fördern. Dadurch kann das Vertrauen in die europäische Wirtschaft gestärkt werden und eine wertvolle Ergänzung zu den gesetzgebenden Initiativen geschaffen werden, welche der Ratsvorsitz in vielen anderen Ratsformationen als Motor für wirtschaftlichen Wiederaufschwung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa identifiziert hat.

Irland wird sich für die Sicherung eines zufriedenstellenden und möglich zeitnahen Ausgangs der laufenden Verhandlungen über das Zweierpaket zur haushaltspolitischen Überwachung („two-pack“) im Rahmen seines Ratsvorsitzes einsetzen. Zusätzlich zur Umsetzung der Maßnahmen der Union im Bereich der Ordnungspolitik, insbesondere des Europäischen Semesters, wird der Ratsvorsitz auch gemeinsam mit seinen europäischen Partnern am Abschluss eines Übereinkommens über die Bedingungen für die Wiederherstellung eines stabilen Finanzsystems arbeiten. Um dies zu erreichen wird Irland jene Aktionen als prioritär behandeln, welche die Ungewissheiten für den Bankensektor beseitigen, die Haushaltsaussichten stabilisieren und den Wiederaufschwung ankurbeln. Diese Ziele zu erreichen wird auch mithelfen, das Vertrauen der Verbraucher, Unternehmer und Investoren in die europäische Wirtschaft zu fördern.

Der Ratsvorsitz wird gemeinsam mit seinen europäischen Partnern die Diskussionen über die im Europäischen Rat vom Dezember 2012 getroffenen Entscheidungen im Hinblick auf eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vorantreiben. Ziel ist es, eine stärkere und effizientere WWU zu schaffen, welche Vertrauen schafft und die wirtschaftliche Wiederbelebung und das Beschäftigungswachstum in Europa unterstützt.

Der Ratsvorsitz wird gemeinsam mit der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) die EU bei den G20 Treffen der Finanzminister, Zentralbankpräsidenten und deren Stellvertreter vertreten.

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind noch immer in ganz Europa spürbar. Dennoch stellen die in den letzten Monaten getroffenen Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs – verbesserte wirtschafts- und haushaltspolitische Ordnungspolitik, Bankenunion, Pakt für Arbeitsplätze und Wachstum, die Strategie Europa 2020 – der EU ein starkes Rahmenwerk zur Verfügung, um die notwendige Haushaltskonsolidierung in Verbindung mit nachhaltigem Wachstum und Wiederaufschwung zu untermauern.

Bankenunion: Stabilität unterstützen und Vertrauen bilden

Ein gesunder Finanzdienstleistungssektor ist eine zentrale Voraussetzung für jede Wirtschaft. Durch die Zurverfügungstellung von Krediten und anderer Unterstützung, soll der Bankensektor einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung und zur Wiedererlangung des Vertrauens in Europa leisten. Eine verbesserte Integration in der EU ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der

EWU und des Binnenmarkts. Ein stabiles Bankensystem in der Union wird Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Zuversicht innerhalb und außerhalb der Union fördern und einen Beitrag zur Rückkehr zu Investitionen und Wachstum leisten. Die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen zur Bankenunion soll die Entkoppelung von Finanzsektor und Staat ermöglichen. Daher wird der Ratsvorsitz ein Abkommen zur Bankenunion in der EU prioritär behandeln, welches folgende Punkte erfüllt:

Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus (SSM) bildet eine wichtige Grundlage, um das Vertrauen in ganz Europa in die Finanzaufsicht sicherzustellen. Eine Einigung über den SSM wurde anlässlich des ECOFIN-Rates im Dezember 2012 erreicht und der Vorschlag wurde daraufhin durch den Europäischen Rat gebilligt. Dieses Abkommen bietet dem Ratsvorsitz ein Mandat für die Aufnahme von Gesprächen mit dem Europäischen Parlament. Der irische Ratsvorsitz wird die zeitnahe Erreichung einer Einigung mit den Co-Legislatoren in unseren Konsultationen mit dem Europäischen Parlament prioritär behandeln.

Das SSM stellt das erste Element des Maßnahmenpakets zur Bankenunion dar. Wir werden uns für ein rasches Vorgehen zur Erreichung einer Einigung über die anderen Elemente einsetzen – ein Verfahren zur Bankensanierung und –abwicklung und ein Einlagensicherungssystem – bzw. für eine Einigung über die Eigenkapitalrichtlinie IV.

Stärkung der Finanzaufsicht

Der Ratsvorsitz wird auch die Agenda in anderen Bereichen des Finanzdienstleistungssektors gestalten, um die Aufsicht zu stärken und die Interessen von Investoren und Verbrauchern besser zu schützen. Dies ist dringend notwendig, um Stabilität und Vertrauen in das Finanzsystem wieder herzustellen.

Es ist das Ziel des irischen Ratsvorsitzes, Vertrauen zu schaffen durch die Gestaltung von effizienteren, widerstandsfähigeren und transparenteren Finanzmärkten und eines besseren Schutzes für Investoren.

Die Richtlinie und Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID/MiFIR) strebt eine Harmonisierung der nationalen Bestimmungen über die Aktivitäten von Investmentfirmen und verwandten Dienstleistern, ihre Steuerung und ihren Aufsichtsrahmen an.

Neue Finanzplätze und technologische Entwicklungen wie der Hochfrequenzhandel haben die Märkte grundlegend verändert. Die Vorschläge sind eine Reaktion auf die Notwendigkeit die Transparenz und Aufsicht über weniger regulierte Märkte inklusive Derivatemärkte zu verbessern und dem Problem der übermäßigen Volatilität der Preise in Rohstoffderivatemärkten zu begegnen. Die neuen Rahmenbestimmungen werden auch die Aufsichtsbefugnisse von Regulierungsbehörden erweitern und klare Verfahrensregeln für alle Handelsaktivitäten aufstellen.

Der Ratsvorsitz will möglichst bald zum Abschluss einer Übereinkunft mit dem Rat gelangen und plant eine Reihe von Trilogien mit dem Parlament zu Themen rund um Märkte und Wertpapiere. Er wird ebenso Fortschritte in anderen verbraucherrelevanten Dossiers vorantreiben wie etwa die Hypothekarkreditrichtlinie.

Haushaltsplan der EU

Der Ratsvorsitz ist bestrebt, den jährlichen Haushalt für 2013 in effizienter Weise umzusetzen. Die Haushaltsentlastung und die Festlegung von Leitlinien für den Haushalt 2014 sind eine unsere Prioritäten.

Besteuerung

Der irische Ratsvorsitz wird danach streben, Fortschritte im Bereich der Finanztransaktionssteuer (FTT) zu erzielen, unter anderem durch Erreichung einer Einigung über eine verbesserte Zusammenarbeit. Der irische Ratsvorsitz wird auch die Diskussionen über die einheitliche konsolidierte KSt-Bemessungsgrundlage (CCCTB) weiter voranbringen. Der ECOFIN-Rat wird weiter an den Vorschlägen für schnelle und effektive Maßnahmen gegen den Mehrwertsteuerbetrug in Form von Reverse-Charge-Verfahren und eines Schnellreaktionsmechanismus arbeiten sowie an Vorschlägen zur MwSt-Behandlung von Gutscheinen und das Aktionsprogramm Fiscalis für die europäischen Steuern in den Jahren 2014 bis 2020.

Der Ratsvorsitz hat auch vor, den vor kurzem angenommenen Vorschlag zur Umsetzung einer Verordnung betreffend MwSt-Regelung für grenzüberschreitende Dienstleistungen voranzubringen. Der Ratsvorsitz wird auch die Revision der Energiebesteuerungsrichtlinie, welche Teil des Maßnahmenpakets der Binnenmarktakte I darstellt, vorantreiben.

Der Aktionsplan der Kommission zur Stärkung des Kampfes gegen Steuerbetrug und Steuerflucht einschließlich der Empfehlungen zu Steueroasen und aggressive Steuerplanung wird durch den Ratsvorsitz vorangetrieben werden.

Der Ratsvorsitz wird sich auch für eine Einigung über die überarbeitete Zinsertragsrichtlinie und die Verhandlungsmandate mit Drittländern in Einklang mit der Richtungsvorgabe des Europäischen Rates einsetzen.

Europäisches Semester

Das Europäische Semester läuft seit Januar 2011 und stellt einen neuen Zugang zur wirtschaftspolitischen Überwachung dar. Es wurde eingerichtet um sicherzustellen, dass sämtliche wirtschaftspolitische Maßnahmen gemeinsam analysiert und bewertet werden und dass auch wirtschaftspolitische Bereiche, die früher keiner systematischen Kontrolle unterlagen – wie etwa makroökonomische Ungleichgewichte und Teile des Finanzsektors – nun inkludiert werden. Ein effizientes Management des dritten Zyklus des Europäischen Semesters wird ein wichtiger Schwerpunkt für den Ratsvorsitz sein.

Sechserpaket und Zweierpaket der Gesetzgebung zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Das Zweierpakten ist darauf ausgerichtet, die wirtschaftliche Konvergenz und Integration der Mitgliedstaaten des Euroraums zu verbessern. Es ergänzt das Sechserpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU, welches im November 2011 in Kraft getreten ist. Die zwei Verordnungsentwürfe sollen gemeinsam die Koordinierung und Kontrolle des Haushaltsprozesses aller Mitgliedsstaaten der Eurozone verbessern. Irland wird sich aktiv dafür einsetzen, so schnell wie möglich im Rahmen seines Ratsvorsitzes ein zufriedenstellendes Ergebnis der Verhandlungen sicherzustellen.

Fahrplan für die Fertigstellung der EWU

Am 14. Dezember 2012 hat der Europäische Rat seine Schlussfolgerungen zur zukünftigen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) veröffentlicht. Der irische Ratsvorsitz wird die vom Europäischen Rat akzeptierten Vorschläge und Prioritäten als vordringlich behandeln, unter anderem im Bezug auf den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus und einem einheitlichen Abwicklungsmechanismus und wir werden versuchen, diese wo auch immer zu beschleunigen. Quelle für diese Vorschläge sind auch der Bericht: „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“, welcher durch den Präsidenten des Rates gemeinsam mit den Präsidenten der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und der Eurogruppe vorgelegt wurde, sowie den Entwurf zur EWU, den die Europäische Kommission am 28. November vorgelegt hat. Wir haben auch die Absicht des Präsidenten des Europäischen Rates, einen Zeit- und Fahrplan für zukünftige wirtschafts- und finanzpolitische Reformen bis zum Juni 2013 vorzulegen und sind bestrebt, in diesem Prozess konstruktiv mitzuwirken. Das Ziel dieser Maßnahmen ist die Sicherstellung einer stärkeren und effektiveren EWU, die vertrauensbildend wirken und den wirtschaftlichen Wiederaufschwung und Beschäftigungswachstum in ganz Europa unterstützen kann.

G20 Treffen der Finanzminister, Zentralbankpräsidenten und ihrer Stellvertreter

Im Dezember 2012 hat Russland den Vorsitz der G20-Staaten, des informellen Gremiums der weltgrößten Volkswirtschaften, übernommen. Der bedeutendste Schwerpunkt des russischen Vorsitzes ist es, die Arbeit der G20-Staaten darauf zu fokussieren, Maßnahmen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums zu entwickeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Der irische Ratsvorsitz wird gemeinsam mit der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) die EU bei den G20 Treffen der Finanzminister, Zentralbankpräsidenten und ihrer Stellvertreter repräsentieren. Der Ratsvorsitz wird an der Koordination und Präsentation des EU-Standpunktes im Bezug auf die Entwicklungen in der Weltwirtschaft, Investitionen und Wachstum, Finanzregulierung und Reform des internationalen Währungssystems mitwirken und sich dafür einsetzen, Themen, die erneutem Wachstum auf EU-Ebene zuträglich sind, durch effiziente Verhandlungen auf G20-Ebene voranzubringen; desgleichen wird der Ratsvorsitz für Vertrauen der internationalen Partner in den Europäischen Wiederaufschwung werben.

Justiz und Inneres

Der Rat "Justiz und Inneres" (JI) spielt eine Schlüsselrolle für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Bürgerrechte. Der Rat unterstützt auch das Wirtschaftswachstum, indem er die rechtsstaatliche Basis legt und Sicherheit und Gefahrenabwehr fördert. Der Ratsvorsitz unterstützt das Konzept "Justiz für Wachstum" und wird aktiv mithelfen, Maßnahmen und Initiativen in diesem Bereich voranzutreiben. Während des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger ist der Ratsvorsitz entschlossen, Fortschritte in Richtung Datenschutz und Maßnahmen zur Beschlagnehmung und Einziehung von illegal erworbenen Vermögenswerten zu erzielen.

Das Stockholmer Programm legt die Prioritäten der Union im Bereich von Freiheit, Sicherheit und Recht für die Jahre 2010 bis 2014 dar. Es zielt auch darauf ab, zukünftigen Herausforderungen aktiv zu begegnen und Aktionen zu setzen, welche den Interessen und Bedürfnissen der Bürger gerecht werden. Das Programm bietet einen Fahrplan für Fortschritte in diesen Bereichen und der Ratsvorsitz wird daran arbeiten, die kontinuierliche Umsetzung des Stockholmer Programms zu gewährleisten.

Justiz für Wachstum: Vertrauen in den Binnenmarkt stärken

Die zunehmende Nutzung des Internets, soziale Medien, die Globalisierung von Datentransfers und andere technologische Errungenschaften haben das Leben von Millionen Menschen erleichtert, aber auch eine Steigerung des weltweite Sammelns, der Nutzung und der Verarbeitung von persönlichen Daten mit sich gebracht. Der Vertrag von Lissabon enthält eine neue gesetzliche Basis für EU-Datenschutzregelungen und die Grundrechtscharta bezeichnet den Schutz persönlicher Daten als fundamentales Recht. Als Teil seines Schwerpunkts auf der Digitalen Agenda wird der Ratsvorsitz daran arbeiten, eine Einigung im Rat über Schlüsselemente des Datenschutzpakets zu erzielen. So wird sichergestellt, dass die Bürger mehr Kontrolle über ihre persönlichen Daten haben. Die durch den Ratsvorsitz erreichten Fortschritte werden das Vertrauen in die digitale Wirtschaft stärken und das Wachstum des digitalen Marktes fördern.

Der Ratsvorsitz wird intensiv daran arbeiten, den Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung voranzutreiben, um grenzüberschreitende Schuldenbetreibung sowohl im zivilrechtlichen als auch im handelsrechtlichen Bereich zu erleichtern. Dieser Vorschlag wird die Effizienz von Urteilsvollstreckungsverfahren im Zivil- und Handelsrecht in grenzüberschreitenden Streitfällen verbessern. Ein wichtiges Ziel des Vorschlags ist es, zu mehr grenzüberschreitende Handelsbeziehungen innerhalb der EU zu ermuntern, indem die Risiken solcher Aktivitäten verringert werden. Der Ratsvorsitz hält daher diesen Vorschlag für besonders bedeutend für den KMU-Sektor. Der Ratsvorsitz wird auch erste Schritte im Zusammenhang mit dem Vorschlag der Kommission für eine Verordnung im Bereich von Insolvenzen einleiten, welcher ebenfalls besonders kleine Unternehmen und den wirtschaftlichen Wiederaufschwung unterstützen soll.

Die vorgeschlagene Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichteten Betrug wird vorangetrieben mit dem Ziel einer Einigung über die allgemeine Ausrichtung. Die Einrichtung eines Justiz-Programms wird die effiziente, umfassende und konsistente Anwendung von EU-Recht bei der justiziellen Zusammenarbeit in zivil- und kriminalrechtlichen Fragen fördern. Der Vorschlag wird auch Verbraucher, Unternehmer und die Entwicklung des Binnenmarktes unterstützen, indem er einen verbesserten Rechtszugang für Bürger und Unternehmen in grenzüberschreitenden Streitfällen ermöglicht. Irland wird die Verhandlungen über die Richtlinie zur Einrichtung des Programmes weiter führen.

Basierend auf eigenen Erfahrungen auf nationaler Ebene wird Irland die Richtlinie über Beschlagnahme und Einziehung illegal erworbener Vermögenswerte in der EU prioritär behandeln. Der Vorschlag soll es den Behörden leichter machen, Erträge aus grenzüberschreitenden Straftaten zu beschlagnahmen und einzuziehen. Irland erwartet sich bedeutende Fortschritte bei den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament während seines Ratsvorsitzes im Hinblick auf die mögliche Annahme der Richtlinie.

Kriminalität: verstärkte Kooperation und Unterstützung für die Strafverfolgung

Der Ratsvorsitz wird auch den Vorschlägen zur Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen besonderes Augenmerk schenken, welche dazu beitragen werden, ein freies, sicheres, und rechtsstaatliches Europa für alle Bürgerinnen und Bürger zu bewahren. Ein Schlüsselvorschlag in diesem Bereich ist die Nutzung von Fluggastdatensätzen zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerwiegender Verbrechen. Ziel ist es, alle Fluglinien zu verpflichten, diese Daten an die zuständigen nationalen Behörden zum Zwecke der Vermeidung und Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens weiterzugeben. Der Ratsvorsitz wird in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament an weiteren Schritten in Richtung einer Einigung über diesen Vorschlag arbeiten.

Das Stockholmer Programm beinhaltet einen Vorschlag zur Schaffung eines Fonds zur Unterstützung der Umsetzung der Strategie der inneren Sicherheit und einen kohärenten und umfassenderen Ansatz für die Zusammenarbeit in der Rechtsdurchsetzung inklusive dem Management der Außengrenzen der EU. Der Vorschlag eines Instruments für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit soll größere Geldmittel für die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung von Verbrechen und die Stärkung des Krisenmanagements bringen. Irland strebt den Abschluss der Beratungen über diesen Fonds mit dem Europäischen Parlament während seines Ratsvorsitzes an.

Asyl und Migration

Der irische Ratsvorsitz beabsichtigt den Abschluss eines Abkommens mit dem Europäischen Parlament zu den ausstehenden Elementen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Im Bezug auf legale Migration wird der Ratsvorsitz eng mit dem Parlament zusammenarbeiten, um Einigungen über die Richtlinien für Saisonarbeitnehmer und konzerninterne Entsendungen zu erzielen. Wir werden auch die Arbeiten zur Richtlinie über Studierende und Forscher übernehmen, welche im ersten Quartal 2013 veröffentlicht werden soll. Wie bereits die jüngsten Ratsvorsitze wird auch Irland sicherstellen, dass die Situation im Hinblick auf illegale Migration in Europa gründlich im Rat diskutiert wird.

Die Einrichtung eines Asyl- und Migrationsfonds wird einen positiven Beitrag zum Management von Migrationsströmen in der EU in Übereinstimmung mit der gemeinsamen Immigrations- und Asylpolitik leisten. Irland ist bestrebt, die Beratungen über diesen Vorschlag im Rahmen seines Ratsvorsitzes zu Ende zu führen.

Der Ratsvorsitz wird auch die Richtlinie zur Einrichtung des Instruments zur finanziellen Unterstützung in Angelegenheiten betreffend Außengrenzen und Visas als prioritär behandeln. Dies ist Teil eines größeren Rahmens für EU-Finanzhilfen im Bereich der internen Sicherheit, für die das Management der Außengrenzen ein grundlegendes Element darstellt. Ziel ist es, einen Beitrag zu den laufenden Kosten für Grenzkontrollen und das Visa-System auf nationaler und EU-Ebene zu leisten. Der Ratsvorsitz strebt einen Abschluss der Verhandlungen über diese Regulation/Richtlinie an.

Schengen-Konvention

Der Ratsvorsitz wird bestrebt sein, alle ausstehenden Punkte des Gesetzgebungspakets zum Schengener Governance-System abzuschließen. Er wird auch die Verhandlungen mit Bulgarien und Rumänien über deren Beitritt zur Schengen-Konvention weiterführen.

Stärkung der Bürgerrechte

Die EU wurde gegründet auf Basis von Grundwerten wie dem Respekt vor dem Recht, den Rechten des Individuums und der Rolle ihrer Bürger im demokratischen Prozess. Die Entwicklung des Binnenmarktes und des Schengen-Raums erlaubt es den Bürgern in der EU heute in anderen Mitgliedsstaaten zu leben, arbeiten, reisen und zu studieren. Dennoch bestehen noch eine Reihe von Hindernissen für Bürger, die all ihre Rechte voll in Anspruch nehmen wollen, wenn sie ihr Land verlassen und in andere Mitgliedsstaaten reisen. Der Ratsvorsitz wird daher intensiv daran arbeiten, im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger, das Programm „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“ voranzutreiben. Dieser umfassende Vorschlag enthält Programmelemente zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Kinder, der Förderung von Bürgerrechten, Kinderrechten, Gleichbehandlung, Geschlechtergerechtigkeit sowie Daten- und Verbraucherschutz im Binnenmarkt. Der Ratsvorsitz wird daran arbeiten, die Annahme dieses Programmes zu erreichen.

Landwirtschaft und Fischerei

Ein moderner und wettbewerbsfähiger Landwirtschafts- und Fischereisektor ist nicht nur für Arbeitsplätze und Wachstum von Bedeutung, sondern auch für die Gewährleistung von nachhaltiger, langfristiger globaler Ernährungssicherung. Der Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ beschäftigt sich mit der Politik der Europäischen Union im Hinblick auf landwirtschaftliche Fragen inklusive der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), Nahrungssicherheit und der Harmonisierung von Regelungen zu Fragen wie veterinären Angelegenheiten, Tier- und Pflanzengesundheit. Der Rat ist auch mit der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) und Meeresangelegenheiten befasst.

Im Bereich der Ratsformation „Landwirtschaft und Fischerei“ hat der irische Ratsvorsitz drei prioritäre Bereiche identifiziert: 1. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, 2. Das fünfteilige Gesetzespaket zur Überarbeitung der Politik zur Tier- und Pflanzengesundheit; Marketing und Produktion von Saat- und Pflanzgut; offizielle Kontrollen im Bereich Nahrungs- und Futtermittel; und der Finanzrahmen, und 3. Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik.

Landwirtschaft

Eine nachhaltige Zukunft für Europas Landwirtschaftssektor

Der Bereich Landwirtschaft und Nahrungsmittel ist ein wichtiger Sektor der europäischen Wirtschaft; im Jahr 2011 hat die EU einen Handelsüberschuss aus landwirtschaftlicher Produktion von 7 Milliarden Euro erzielt. Europa muss weiterhin sicherstellen, dass es sichere Nahrungsmittel mittels ökologisch nachhaltiger Landwirtschaftsmethoden produziert. Aber es ist auch notwendig sicherzustellen, dass der Landwirtschaftssektor der Union wettbewerbsfähig arbeitet, vor allem im Hinblick auf die Bedeutung des Sektors als einem wichtigen Exportbereich und die enge Verbindung zwischen Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung in Europa.

Die GAP liefert einen Rahmen, innerhalb dessen die nachhaltige Entwicklung eines wettbewerbsfähigen und effizienten Agrarsektors verfolgt wird und stellt die notwendigen Ressourcen zu Erreichung dieser Ziele zur Verfügung. Durch Etablierung dieses Rahmens als Basis für die Modernisierung des europäischen Agrarsektors hat die GAP einen bedeutenden Beitrag nicht nur zum Wirtschaftswachstum in der EU aber auch zu nachhaltiger, langfristiger weltweiter Nahrungssicherheit geleistet. Weitere Ziele der GAP sind auch die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und die Unterstützung der sozio-ökonomischen Entwicklung ländlicher Gebiete.

Die vorgeschlagene Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, welche die politischen Rahmenbedingungen für die Periode bis ins Jahr 2020 festlegen wird, ist von zentraler Bedeutung für die Gestaltung der zukünftigen Entwicklung in diesem Sektor. Die GAP-Reform wird auch einen wichtigen Beitrag innerhalb des Prozesses Europa 2020 leisten, welcher auf intelligentes, nachhaltiges und integriertes Wachstum in Europa abzielt.

Das Reformpaket besteht aus vier großen Legislativvorschlägen zu allen Elementen der gegenwärtigen GAP inklusive Direktzahlungen an Landwirte, Marktunterstützung, ländliche Entwicklungspolitik und neue Regeln zu Finanzierung und Überwachung.

Der Agrarsektor ist von entscheidender Bedeutung für die EU und der Ratsvorsitz wird einen besonderen Schwerpunkt auf die Sicherstellung einer Einigung über die GAP-Reform während seiner Amtsperiode legen.

Maßnahmen in den Bereichen Pflanzengesundheit, Veterinärwesen und Nahrungsmittelsicherheit

Die Kommission wird in Kürze ein Paket von fünf Vorschlägen für Maßnahmen in den Bereichen Pflanzengesundheit, Veterinärwesen und Nahrungsmittelsicherheit veröffentlichen; der irische Ratsvorsitz wird unverzüglich Beratungen über diese Vorschläge aufnehmen mit dem Ziel, möglichst weitgehende Fortschritte zu erzielen.

Das Paket wird Vorschläge zu folgenden Themen enthalten:

- » Gesetz zu Tiergesundheit
- » Gesetz zu Pflanzengesundheit
- » Offizielle Kontrollen in der Nahrungs- und Futtermittel-Kette
- » Marketing und Produktion von Saat- und Pflanzgut
- » Finanzrahmen

Das neue Tiergesundheitsgesetz wird die Bestimmungen der Tiergesundheitsstrategie (2007-2013) umsetzen, um hochwertigen Schutz in den Bereichen der öffentlichen Gesundheit und der Tiergesundheit sicherzustellen. Es wird größeres Augenmerk auf vorbeugende Maßnahmen legen, um die Fälle von Tiererkrankungen zu reduzieren und in Fällen von Ausbrüchen deren Auswirkungen zu minimieren.

Das Pflanzengesundheitspaket wird die existierende Gesetzgebung zur Pflanzengesundheit widerrufen und durch eine schlankere Verordnung ersetzen, welche sich mit Themen wie erhöhten Risiken in diesem Sektor befassen wird und Maßnahmen betreffend den Transport von Pflanzen beinhalten wird. Ein Hauptziel ist es, die Systeme zur Vermeidung der Einschleppung von Schädlingen und Krankheiten in die EU zu stärken.

Der Vorschlag zur offiziellen Überwachung der Nahrungs- und Futtermittelkette zielt auf eine Vereinfachung und Harmonisierung der offiziellen Kontrollen durch die Mitgliedsstaaten in allen Stufen der Nahrungs- und Futtermittelproduktion aus tierischer und pflanzlicher Herkunft und in allen Sektoren ab, wodurch das umfassende Vertrauen in das Nahrungsmittelsystem vom Erzeuger zum Verbraucher sichergestellt werden soll.

Ziel des Vorschlags zu Marketing und Produktion von Saat- und Pflanzgut ist es, zwölf Rechtsinstrumente zu konsolidieren und aktualisieren und zu einer Akte zusammenzufassen, welche den jüngsten technischen Entwicklungen gerecht wird.

Das fünfte Element des Pakets sieht einen einheitlichen Finanzrahmen vor, der die existierenden Maßnahmen im Bereich der Tier- und Pflanzengesundheit und deren offiziellen Kontrollen restrukturiert und Klarheit schafft. Der Ratsvorsitz ist entschlossen, die Diskussionen zu diesem Dossier prioritär zu behandeln.

Fischerei

Irland legt großen Wert auf eine nachhaltige Fischereipolitik für Europa. Eine reformierte Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) kann einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten durch besseres Management von Fischbeständen, womit der Schutz der Gewässer der EU für zukünftige Generationen

sichergestellt wird. Die Reform wird auch einen effizienten Entscheidungsfindungsprozess sicherstellen, eine verbesserte Integration der Fischerei in den gesamten Bereich der Meeresangelegenheiten und eine verbesserte Einhaltung der Maßnahmen gegen Überfischung.

Das Erzielen einer Einigung über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) zur Überwachung der dauerhaften Finanzierung der Restrukturierung und Modernisierung der EU-Fischereiflotte kann zu besseren Chancen für die Fischerei und die Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Sektor führen. Die Frage der GFP-Reform fließt auch in die Zielsetzung des Ratsvorsitzes zur Integrierten Meerespolitik und der Atlantik-Strategie ein. Der Ratsvorsitz wird an der Erzielung einer Einigung mit dem Europäischen Parlament über dieses Reformpaket arbeiten.

Forstwirtschaft

Die Erhaltung der Wälder und Forste Europas für künftige Generationen

Die europäische Forstwirtschaft spielt eine wichtige Rolle in der Wirtschaft der EU und kann einen Beitrag zur Förderung von Arbeitsplätzen und Wachstum in ländlichen Regionen leisten (z.B. durch die Lieferung von Werkstoffen, Verarbeitung und Tourismus). Wälder und Forste sind auch ein wichtiger Bestandteil des europäischen Ökosystems und können eine bedeutende Rolle bei der Bekämpfung der Folgen des Klimawandels spielen.

Der Ratsvorsitz wird im Bereich der Forstwirtschaftspolitik besonderes Augenmerk auf das UNO Forstwirtschaftsforum, die vorgeschlagene rechtlich bindende Vereinbarung über Forste in Europa und eine Forststrategie für die Europäische Union legen. Der Ratsvorsitz wird auch die Erklärung der EU anlässlich des 2013 in Istanbul stattfindenden Forstwirtschaftsforum vorbereiten. Die Veröffentlichung einer Forststrategie durch die Kommission wird für das erste Quartal 2013 erwartet und der Ratsvorsitz wird sich um die Zustimmung der Mitgliedsstaaten zu dieser Strategie bemühen.

Wettbewerbsfähigkeit

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ist ein Schlüsselement des Europäischen Semesters. Der Rat "Wettbewerbsfähigkeit" leistet einen zentralen Beitrag zur Schaffung eines zukunftsfähigen Binnenmarktes. Der irische Ratsvorsitz wird besonderes Augenmerk auf Maßnahmen im Rahmen der Binnenmarktakte legen sowie auf die Stärkung der Kapazitäten Europas im Bereich der Forschung und Innovation.

KMU darin zu unterstützen, ihr volles Potenzial auszuschöpfen, ist eines der generellen Ziele des irischen Ratsvorsitzes, nicht zuletzt auch deshalb, weil diese ein nachweisliches Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen besitzen. Die für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Minister werden sich für verbesserten Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen und Forschungsgeldern einsetzen sowie für andere Unterstützungsmöglichkeiten, intelligentere Regulierung und verbesserte Vorschriften über geistiges Eigentum.

Zukunftsfähiger Binnenmarkt

Der Binnenmarkt ist eine der größten Erfolgsgeschichten der EU und hat in den letzten zwanzig Jahren europäischen Verbrauchern und Unternehmen maßgebliche Vorteile gebracht. Aber er muss sich auch an den veränderten Markt anpassen und reagieren, insbesondere auf das Anwachsen des Online-Handels.

Als Ratsvorsitz wird Irland am Abschluss der unter der Binnenmarktakte I noch ausstehenden Punkte arbeiten und die prioritären Punkte der Binnenmarktakte II vorantreiben. Der Ratsvorsitz sieht der Veröffentlichung detaillierter Legislativvorschläge zu diesen Aktionen im Jahr 2013 mit Interesse entgegen und wird besonderes Augenmerk auf die Bereiche Transport, Energie- und Telekommunikationsnetze und den digitalen Binnenmarkt legen, inklusive den elektronischen Zahlungsverkehr, elektronische Rechnungsstellung, die Stärkung des sozialen Unternehmertums, Kohäsion und Verbrauchervertrauen.

Digitaler Binnenmarkt

Der digitale Binnenmarkt ermöglicht den freien Online-Dienstleistungen und Online-Entertainment über die nationalen Grenzen hinweg. Wir müssen mit neuen Markttrends Schritt halten, die heute zunehmenden Einfluss auf unser Leben haben. Die Auswirkungen für Bürger und Unternehmen sind vielfältig und reichen von Unternehmen für Musik-Downloads, dem Schutz der EU-Bürger im Cyberspace bis zur Errichtung eines einheitlichen europäischen Zahlungsraumes für den Online-Zahlungsverkehr und elektronische Rechnungslegung. Die Vorteile, die Fortschritte in diesen Bereichen mit sich bringen, sind enorm, von Kostenreduzierungen bis zu erhöhter Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumssteigerungen.

Deshalb wird der irische Ratsvorsitz besonderes Augenmerk auf die Umsetzung des vollen Potenzials des digitalen Binnenmarktes in Europa richten. Während seines Ratsvorsitzes wird Irland allen Ratsformationen an Fortschritten bei den folgenden Themen arbeiten:

- » Netzsicherheit
- » Elektronische Unterschrift und Identität
- » Datenschutz
- » Ausbau des Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzes
- » Netzzugang

Steuerung des Binnenmarktes

Der Ratsvorsitz freut sich auf die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament zur Verbesserung der Umsetzung und Implementierung der umfassenden Gesetzgebung und Steuerung des Binnenmarktes, wie dies in der Mitteilung der Kommission vom Juni 2012 gefordert wurde.

Die Einbindung der verbesserten haushaltspolitischen Überwachung des Binnenmarktes im Rahmen des Europäischen Semesters wird auch den Abschluss von wichtigen Gesetzgebungsvorschlägen für den Binnenmarkt beschleunigen. Diese Vorgehensweise ist Teil einer regelmäßigen Bestandsaufnahme über die erzielten Fortschritte bezüglich der im Rahmen des Paktes für Wachstum und Arbeitsplätze gegebenen Verpflichtungen und wird auch die Rolle des Rates „Wettbewerbsfähigkeit“ in der Überwachung und Vorgabe politischer Leitlinien im Bezug auf wachstumsfördernde Maßnahmen stärken.

Anerkennung beruflicher Qualifikationen

Der Vorschlag über die Anerkennung beruflicher Qualifikationen zielt auf eine Verbesserung des gegenwärtigen Systems der Anerkennung von Qualifikationen ab, um eine größere Mobilität von Facharbeitern zu erleichtern. Dies stellt auch eine von 12 Prioritäten zur Ankurbelung des Wachstums in der Binnenmarktakte I dar. Der Ratsvorsitz wird gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, der Kommission und den Mitgliedsstaaten an einer Einigung über diesen Vorschlag im Rahmen des irischen Ratsvorsitzes arbeiten.

Reform des öffentlichen Auftragswesens

Öffentliche Behörden in der Europäischen Union geben etwa 2 Billionen Euro für die Beschaffung von Waren, Dienstleistungen und Arbeiten aus. Vorschläge zur Überarbeitung des öffentlichen Auftragswesens stellen ein wichtiges Element der Strategie Europa 2020 dar und zählen auch zu den Schlüsselaktionen der Binnenmarktakte I. Die Vorschläge bestehen aus drei Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz öffentlicher Ausgaben, um optimale Ergebnisse im Sinne der Kosteneffektivität zu erzielen, indem die bestehenden Regelungen einfacher, flexibler und benutzerfreundlicher werden.

Diese vorgeschlagenen Reformen sollen vor allem KMU nützen, während der verstärkte Einsatz von elektronischer Auftragsauschreibung den grenzüberschreitenden Wettbewerb stärken soll. Im Dienste des Rates wird der Ratsvorsitz an einer Einigung mit dem Europäischen Parlament über diese drei Vorschläge arbeiten.

Geistiges Eigentum

Geistiges Eigentum ist ein Grundpfeiler jeder wettbewerbsfähigen Wirtschaft, vor allem auf dem Weltmarkt heute. Der irische Ratsvorsitz wird sich um maximale Fortschritte im Bezug auf Urheberrechte, Marken und Patente bemühen.

Urheberrechte

Der Ratsvorsitz wird der Forderung des Europäischen Rates nach einer Modernisierung der EU-Urheberrechtsregelung Folge leisten, um einen verbesserten Zugang zu Inhalten zu gewährleisten und gleichzeitig die Rechte auf geistiges Eigentum zu schützen sowie Kreativität und kulturelle Vielfalt zu ermutigen. Der Ratsvorsitz wird sich um solide Fortschritte bezüglich der Richtlinie zur kollektiven Rechtswahrnehmung bemühen, welche auch die Frage von Mehrgebietslizenzen für den Online-Vertrieb

von Musikwerken betrifft. Die Existenz eines starken, transparenten und verantwortlichen kollektiven Managementsystems gilt als unverzichtbar für den digitalen Binnenmarkt, wo Urheberrechtsfragen oftmals durch Lizenzvergaben geregelt werden.

Neben der gesetzgebenden Arbeiten, werden die Minister auch im Mai 2013 eine eingehende Debatte über die erwartete Mitteilung der Kommission über Lizenzvergaben in Europa sowie die Chancen und Herausforderungen auf dem Weg zum digitalen Binnenmarkt führen.

Marken

Der Ratsvorsitz wird auf technischer Ebene die Vorschläge zur Überarbeitung der Verordnung über die Gemeinschaftsmarke und der Markenrichtlinie vorantreiben. Die revidierten Vorschläge zielen auf die Modernisierung des Markensystems auf EU-Ebene und nationaler Ebene ab.

Patente

Die Schaffung eines Einheitspatents und eines einheitlichen Patentgerichts wird es günstiger für Innovatoren machen, ihre Erfindungen zu schützen und ihre Patentrechte in ganz Europa durchzusetzen. Die geringeren Kosten werden ebenso wie verbesserte Patentabdeckung und -schutz in den meisten Mitgliedsstaaten insbesondere für KMU von Nutzen sein. Die Reform des Patentpakets beinhaltet zwei Regelungen über ein Einheitspatent (inklusive dazugehöriger Übersetzungsregelung) nach EU-Recht und über ein einheitliches Patentgericht – ein internationales Abkommen zwischen den Mitgliedsstaaten als Durchsetzungsmechanismus für diese Rechte. Die förmliche Annahme der Einheitspatentregelung durch den Rat wurde unter dem zypriotischen Ratsvorsitz erreicht. Der irische Ratsvorsitz wird die notwendigen Vorbereitungen treffen, um die förmliche Unterzeichnung des Abkommens über das einheitliche Patentgericht im ersten Halbjahr durch die teilnehmenden Mitgliedsstaaten zu ermöglichen. Der Ratsvorsitz wird auch die Vorbereitungen für die umfassende Umsetzung des Patent-Pakets vorantreiben.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

KMU stehen im Mittelpunkt von 98% der Wirtschaftsaktivitäten der EU. In der nächsten Phase des Wiederaufschwungs werden sie eine Schlüsselrolle für erneutes Wachstum und Arbeitsplätze spielen. Der Ratsvorsitz wird im Mai ein informelles Treffen der für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Minister zum Thema „KMU als Motor des Wachstums in Europa“ ausrichten. Die Tagesordnung der Tagung wird Schwerpunkte auf Themen wie den Zugang zu Finanzmitteln für KMU, die Förderung von Unternehmertum in Europa (mit speziellem Fokus auf regionales Unternehmertum) und globale Chancen für KMU setzen.

Vorschlag zu Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME)

Das Programm für Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für Kleine und Mittlere Unternehmen (COSME) zielt auf Unterstützung von dynamischeren und international wettbewerbsfähigeren KMU ab durch gezielte Hilfestellung für diesen Wirtschaftssektor. Die Europäische Kommission wird besonderes Augenmerk auf verbesserten Zugang für KMU zu Unterstützung ihrer Kapazitäten im Bereich Forschung und Innovation richten, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Der Ratsvorsitz wird die Erreichung einer Einigung über die Vorschläge zu COSME als prioritär behandeln.

Intelligente Regulierung

Der Ratsvorsitz wird die Agenda zur intelligenten Regulierung vorantreiben, insbesondere im Hinblick auf KMU und Mikrounternehmen in der EU. Die Kommission hat im Dezember 2012 eine Mitteilung herausgegeben als Folgedokument der Mitteilung über die Instrumente einer intelligenten Regulierung aus dem Jahr 2010. Eine zweite Mitteilung/Bericht wird für die Tagung des Europäischen Rats im Frühling 2013 erwartet. Diese wird sich mit den Fortschritten des Prozesses für bessere Regulierung für Mikrounternehmen und KMU befassen, inklusive der jährlichen Bilanz der Aktionen für KMU. Die Kommission wird auch die Ergebnisse ihrer Konsultation über die zehn am meisten belastenden Rechtsakte für KMU berichten. Der irische Ratsvorsitz wird sicherstellen, dass die vereinbarten Folgemaßnahmen in die Schlussfolgerungen des Wettbewerbsrates im Mai 2013 einfließen werden.

Verbraucherrecht

Im Rahmen der grundsätzlichen Übereinkunft über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) wird sich der Ratsvorsitz für eine Einigung über das Aktionsprogramm zum Verbraucherschutz einsetzen, welches die Basis für die Finanzierung von Verbraucherschutzmaßnahmen und deren Durchsetzung für die Jahre 2014 bis 2020 beinhaltet. Darüber hinaus wird im Bereich Verbraucherschutz und Binnenmarkt Mitte Februar 2013 ein Maßnahmenpaket von der Kommission vorgelegt, welches sowohl gesetzgeberische als auch Elemente ohne Rechtscharakter enthält. Dazu gehören eine Maßnahme zur Verbesserung von Produkten, die sich in der EU in Umlauf befinden durch eine überarbeitete Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit sowie eine neue Regelung zur Marktüberwachung mit strengeren Bestimmungen zur Marktüberwachung für EU-Importe. Der Ratsvorsitz wird das Vorantreiben beider Vorschläge als wichtig einstufen, um eine Einigung bis zum Frühjahr 2014 zu ermöglichen.

Modernisierung des EU-Beihilfenrechts (SAM)

Ziel der Initiative zur Modernisierung des EU-Beihilfenrechts (SAM) ist es zu gewährleisten, dass die staatliche Beihilfenpolitik einen Beitrag sowohl zur Strategie Europa 2020 als auch zur Haushaltskonsolidierung leistet, indem Steuergelder effizienter und zielgenauer für Arbeitsplätze und Wachstum eingesetzt werden. Die Überwachung von staatlichen Beihilfen muss stärker auf nachhaltige und wachstumsfördernde Politik abzielen und gleichzeitig die Konsolidierung des Haushalts fördern. Der Ratsvorsitz hat es sich zum Ziel gesetzt, eine Einigung über das Verfahren die Bestimmungen zur Regelung der Überwachung von staatlichen Beihilfen zu erreichen.

Zoll

Zollkodex der Union (UZK)

Der Zollkodex der Union (UZK) soll die Zollverfahren erleichtern und modernisieren und dadurch die Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie unterstützen. Mit seiner Verabschiedung wird die Modernisierung der Zollverfahren und der verstärkte Einsatz von IT-Systemen Geschäftsabläufe erleichtert und gleichzeitig sichereren Handel mit Gütern innerhalb der EU gewährleistet. Der veränderte UZK wird auch den internationalen Handel und Investitionen für Exporteure erleichtern und die EU als wettbewerbsfähigen globalen Wirtschaftsraum stärken. Der Ratsvorsitz strebt eine Einigung über den Kodex mit dem Europäischen Parlament an, um die Annahme des Vorschlags zu gewährleisten.

Gesellschaftsrecht

Die Regelungen im Hinblick auf das Gesellschaftsrecht und gute Unternehmensführung sind gemeinsam mit der Harmonisierung von Buchführung und Buchprüfung unerlässlich für die Schaffung und das Management des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen und Produkte sowie das effiziente Funktionieren dynamischer Volkswirtschaften.

Die Gesellschaftsrechtrichtlinie und die Rechnungslegungsrichtlinie zielen auf eine Erleichterung des erheblichen Verwaltungsaufwands für KMU ab und führen vereinfachte Rechnungslegungsvorschriften ein, sie schaffen größere Klarheit und Vergleichbarkeit von Jahresabschlüssen und eine verbesserte Transparenz von Zahlungen nach Ländern. Der Ratsvorsitz plant den Abschluss eines Abkommens zu diesem Vorschlag.

Das Hauptaugenmerk des Entwurfs zur Rechnungsprüfungsrichtlinie und –verordnung legt sein Schwergewicht auf Prüfungsqualität und Unabhängigkeit des Prüfers. Der Verordnungsentwurf, der sich mit der Prüfung von Unternehmen von öffentlichem Interesse befasst, ist von besonderer Bedeutung und beinhaltet Firmen und Unternehmen, die wichtig für das System sind. Der Ratsvorsitz beabsichtigt, eine Einigung über die allgemeine Ausrichtung anlässlich des Rates "Wettbewerbsfähigkeit" im Mai zu erzielen.

Forschung und Innovation

Horizont 2020

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) strebt der Ratsvorsitz eine Einigung über das EU-Programm für Forschung und Innovation Horizont 2020 an. Horizont 2020 kann eine entscheidende Rolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum spielen und mithelfen, eine zukunftsfähige europäische Wirtschaft zu schaffen. Das Programm unterstützt auch die Innovationsunion, eine Schlüsselinitiative von Europa 2020 zur Ankurbelung der globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Eines der Hauptziele von Horizont 2020 ist der vereinfachte Zugang zu Forschungs- und Innovationsgeldern, welche in einem einheitlichen Regelwerk zusammengefasst werden. Dies wird die Finanzierungsansuchen von Antragstellern erleichtern und gleichzeitig sicherstellen, dass die durch das Programm freigegebenen Gelder effizienter eingesetzt werden. Horizont 2020 strebt auch bedeutende Investitionen in Schlüsseltechnologien an, um die Lücke zwischen Forschung und Markt zu schließen und echte kommerzielle Partnerschaften zwischen den Mitgliedsstaaten und dem Privatsektor zu fördern. Gemeinsam mit anderen EU-Programmen strebt Horizont 2020 die Erhöhung des Anteils der KMU von 15 auf 20 Prozent an.

Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT)

Das EIT ist Teil des Prozesses Horizont 2020. Es engagiert sich für die Förderung von nachhaltigem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union durch Stärkung ihrer Innovationsfähigkeit. Durch Vernetzung von höherer Bildung, Forschung und Handel wird eine neue Generation von Innovatoren und Unternehmen weiter an vordringlichen Themen mit großer gesellschaftlicher Relevanz arbeiten, wie etwa dem Klimawandel, nachhaltigen Energieformen und Informations- und Kommunikationstechnologien. Der Ratsvorsitz wird eine Einigung über die zwei Dossiers anstreben, die gemeinsam den Vorschlag zum EIT beinhalten.

Europäischer Forschungsraum (EFR)

Ziel des EFR ist die Schaffung eines gemeinsamen Forschungsraumes innerhalb des Binnenmarktes, innerhalb dessen sich Forschende, Technologien und Innovation frei bewegen können. Die Vorschläge zum EFR sollen auch die Kapazitäten der Union in zukunftsweisenden Gebieten wie der Molekularbiologie, Biotechnologie und Genetik stärken. Der Ratsvorsitz wird ein besonderes Schwergewicht auf diese Initiative legen, welche zu einer signifikanten Verbesserung der europäischen Forschungsleistung und deren Ergebnissen führen kann und darüber hinaus mithilft, unnötige Überschneidungen zu vermeiden.

Förderung der Innovationskapazitäten der Union

Der Ratsvorsitz trägt der prioritären Förderung der Innovationskapazitäten der Union Rechnung, indem er im Jahr 2013 eine Reihe von Konferenzen in Dublin zur Unterstützung dieses Ziels ausrichtet. Dazu gehört die Erörterung von Schlüsseltechnologien (KETs), deren Entwicklung möglicherweise maßgeblichen Einfluss darauf haben wird, wie wir in Zukunft unser Leben führen werden. Fortschritte in grüner Technologie und auf Gebieten wie der Biotechnologie können der EU helfen, sich zu einer wissensbasierten Wirtschaft zu entwickeln und mehr intelligente Arbeitsplätze zu schaffen, indem europäische Innovationen in eine Vielzahl von Unternehmen und Produkten einfließen. Der Ratsvorsitz wird Innovation zu einem Hauptthema der Tagung des informellen COMPET-Rates machen.

Raumfahrt

Der Ratsvorsitz wird Fortschritte bezüglich der Finanzierung und Durchführung des Europäischen Erdbeobachtungsprogramms – der Globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES) – anstreben, sollte die Europäische Kommission einen Vorschlag über die Finanzierung und Durchführung des Programms veröffentlichen.

Der Ratsvorsitz wird auch eine Einigung über die allgemeine Ausrichtung im Bezug auf die Entscheidung über ein Unterstützungsprogramm zur Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum (SST) in der Ratstagung im Mai anstreben.

Der Ratsvorsitz plant darüber hinaus die Verfassung von Schlussfolgerungen des Rates über die Mitteilung der Europäischen Kommission zu Europäischen Industriepolitik im Raumfahrtsektor „Erschließung des Potenzials für wirtschaftliches Wachstum im Raumfahrtsektor“. Weiters sind Schlussfolgerungen des Rates über die Mitteilung der Kommission zum Thema „Herstellung zweckdienlicher Verbindungen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Weltraumorganisation“ geplant.

Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

Der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) befasst sich mit einer großen Bandbreite an politischen Bereichen, welche unerlässlich für Stabilität, Arbeitsplätze und Wachstum sind. Irland plant in seiner Eigenschaft als Ratsvorsitz, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, indem es sich auf eine Anzahl von Schlüsselthemen konzentriert. Damit werden sich unsere Prioritäten eng an die Strategie Europa 2020 anlehnen und eine wichtige Rolle im Prozess des Europäischen Semesters spielen.

Ein Schlüsselthema für den irischen Ratsvorsitz wird der Kampf gegen die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit sein; dazu gehören Bildung, berufliche Ausbildung und Weiterqualifizierung. Im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger wird der Ratsvorsitz sich auch für den Schutz der Arbeitnehmerrechte und die Beseitigung von Schranken einsetzen, die Bürger davon abhalten oder abschrecken, dort zu leben und zu arbeiten, wo sie wollen.

Im Bereich der Gesundheitspolitik wird der irische Ratsvorsitz Gesetzgebungsvorschläge zur Verbesserung des öffentlichen Gesundheitswesens fördern. Er wird Innovation und Forschung zum Nutzen der Gesundheit und Industrie unterstützen im Interesse einer Weiterentwicklung der Gesundheitspolitik für die Bürger der EU.

Für Arbeitsplätze

Arbeitsplätze bilden das Herzstück der Prioritäten für den irischen Ratsvorsitz. Der EPSCO-Rat wird danach streben, die der Union zur Verfügung stehenden Instrumente voll einzusetzen, um in dieser Phase, in der Europa in eine neue Phase des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs eintritt, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt zu fördern. In diesem Zusammenhang wird der Ratsvorsitz die Verhandlungen über beschäftigungsrelevante Gesetzgebung im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) vorantreiben, unter anderem betreffend den Europäischen Sozialfonds (ESF), das Programm für Sozialen Wandel und Innovation (PSCI) und den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF).

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das Hauptfinanzierungsinstrument der EU zur Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten in der Union. Der Fonds vergibt gezielte Unterstützungsgelder für Bildungs- und Ausbildungsinitiativen auf Basis der Prioritäten, wie sie in den nationalen Aktionsplänen für Beschäftigung durch die Mitgliedsstaaten selbst festgelegt wurden. Der ESF ist auch ein wichtiger Bestandteil der regionalen Wirtschaftsentwicklung und der Finanzierung für sozialen Zusammenhalt. Der Ratsvorsitz wird sich für eine Einigung über diesen Vorschlag einsetzen.

Ziel des an Europa 2020 angebundene Programm für Sozialen Wandel und Innovation (PSCI) ist die finanzielle Unterstützung der Ziele der EU im Hinblick auf (a) Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus, (b) Gewährleistung adäquaten sozialen Schutzes, (c) Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut und (d) Verbesserung von Arbeitsbedingungen. Der Vorschlag unterstützt auch die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitnehmern und begünstigt die Schaffung von Arbeitsplätzen

durch das Anbieten von Dienstleistungen in der Personal- und Stellenvermittlung für Arbeitssuchende und Arbeitgeber. Der Ratsvorsitz strebt eine Verabschiedung einer Verordnung zum Programm für Sozialen Wandel und Innovation an.

Irland misst der Konzentration von Ressourcen auf Ausbildung und Umschulung von Arbeitnehmern, die vor kurzem ihre Arbeit verloren haben, große Bedeutung bei. Dies kann durch effiziente und wirksame Maximierung von EU-Kofinanzierungsprogrammen wie dem EGF erreicht werden. Der Geltungsbereich des EGF umfasst Karriereberatung, Bildungs- und Ausbildungsprogramme sowie Unterstützung für Unternehmer. Im Rahmen des MFR wird sich der Ratsvorsitz für eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über diesen Finanzierungsvorschlag einsetzen.

Fokus auf Chancen für Europas Jugend

Für die Zukunft Europas ist es unerlässlich, dass die jungen Menschen in Europa positive Beschäftigungsaussichten haben und junge Europäerinnen und Europäer umfassende Möglichkeiten haben zu lernen und sich auszubilden, sowohl zur persönlichen Erfüllung als auch im Hinblick auf zukünftige Beschäftigung. Dies ist auch unabdingbar um sicherzustellen, dass die EU über gut ausgebildete Fachkräfte verfügt, die wirtschaftlichen Wiederaufschwung und Wachstum unterstützen können. Die Auswirkungen der Finanzkrise waren besonders spürbar für die europäische Jugend und die Jugendarbeitslosigkeit in der EU ist viel zu hoch. Wir müssen das Entstehen einer „verlorenen Generation“ von Europäern verhindern, welche sowohl auf persönlicher als auch auf sozialer Ebene negative Folgen für die Union haben würde.

Der Ratsvorsitz wird sich dafür einsetzen, einen Umschwung bei der Jugendarbeitslosigkeit einzuleiten. Das Jugendbeschäftigungspaket wird eine „Jugendgarantie“ enthalten, welche sicherstellt, dass jungen Menschen, die nicht arbeiten oder studieren, Arbeit, Weiterbildung oder ein Praktikum angeboten wird. Der Ratsvorsitz beabsichtigt, entscheidende Fortschritte bei der Jugendgarantie zu machen, damit anlässlich des EPSCO-Rates im Februar eine Empfehlung des Rates angenommen werden kann. Das Thema der Jugendarbeitslosigkeit wird auch ein Schwerpunkt des informalen Treffens der Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik im Februar 2013 in Dublin sein.

Arbeitskräftemobilität, für Arbeitsplätze und Wachstum

Die Freizügigkeit von Arbeitnehmern ist eine der vier grundlegenden Freiheiten des Binnenmarktes und ein wichtiger Hebel für das Wachstum. Der Ratsvorsitz wird daran arbeiten, Hindernisse für die Mobilität von Bürgern zu beseitigen.

Als Teil seiner Arbeit in diesem Bereich hat der Ratsvorsitz der neuen Durchsetzungsrichtlinie zur Verbesserung der praktischen Umsetzung der Regelung über die Entsendung von Arbeitnehmern aus dem Jahr 1996 Priorität eingeräumt. Dies würde Klarheit schaffen für Dienstleister und Arbeitnehmer schützen, die innerhalb der EU entsendet werden. Der Vorschlag ist eine von zwölf prioritären Aktionen im Rahmen der Binnenmarktakte, die die europäische Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen sollen. In enger Zusammenarbeit mit ihren Partnern wird der irische Ratsvorsitz sich ein hohes Ziel für dieses Dossier stecken und eine Annahme in erster Lesung anstreben.

Die Richtlinie zur Übertragbarkeit von Zusatzrentenansprüchen zielt auf die Förderung der Freizügigkeit ab und soll die berufliche Mobilität von Arbeitnehmern ermöglichen, indem Hindernisse, die durch einige Regelungen für Zusatzrentenansprüche bestehen, beseitigt werden. Der irische Ratsvorsitz wird sich um eine Einigung über die allgemeine Ausrichtung anlässlich des EPSCO-Rats im Juni bemühen.

Der Ratsvorsitz wird auch daran arbeiten, den erwarteten Legislativvorschlag der Kommission zur Stärkung der mobilen Arbeitnehmer und zum Schutz gegen Diskriminierung voranzutreiben.

Arbeitnehmerrechte, Sicherheit und Gesundheit

Der irische Rat strebt im EPSCO-Rat Fortschritte in folgenden Bereichen an:

- » Vorschlag für die Festlegung von Bestimmungen zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder)
- » Erwartete Vorschläge der Europäischen Kommission zur Aktualisierung von Bestimmungen über den Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer und Arbeiter in der EU, welche gefährliche Chemikalien am Arbeitsplatz einsetzen
- » Vorschläge der Europäischen Kommission, welche Seeleuten die gleichen oder gleichwertigen Arbeitnehmerrechte verschafft wie Arbeitnehmern an Land unter Bedachtnahme auf die besonderen Umstände und das wirtschaftliche Umfeld dieses Sektors.

Sozialinvestitionspaket

Der Ratsvorsitz blickt dem Vorschlag der Kommission für ein Sozialinvestitionspaket entgegen, welcher für Anfang 2013 erwartet wird. Dieser Vorschlag soll einige Schlüsselthemen betreffen, so etwa die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Bürger und Fragen der Kinderwohlfahrt, sozialen Integration und des sozialen Schutzes. Der irische Ratsvorsitz wird eine detaillierte Überprüfung des Pakets in Vorbereitung der Schlussfolgerungen des Rates sicherstellen. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission wird der Ratsvorsitz eine hochrangige Konferenz zum Thema Sozialinvestitionspaket in Brüssel ausrichten.

Innerhalb des Bereichs der Sozialpolitik wird der Ratsvorsitz auch an dem vorgeschlagenen Finanzierungsprogramm für Programme in den Mitgliedsstaaten arbeiten, welche Nahrungsmittel und andere wichtige Güter für Europas Ärmste zur Verfügung stellen.

Eine wichtige Herausforderung, die im Rahmen des Programms Europa 2020 identifiziert wurde, ist die Schaffung von ordentlichen Wohnmöglichkeiten für alle. Wir anerkennen auch, dass die Obdachlosigkeit eine der extremsten Formen der Armut und sozialen Ausgrenzung darstellt. Der Ratsvorsitz wird daher einen Runden Tisch mit den für die Obdachlosigkeit zuständigen Ministern abhalten, um Fragen von gemeinsamem Interesse und Möglichkeiten einer zukünftigen Zusammenarbeit zu diskutieren.

Gleichberechtigung

Der Ratsvorsitz wird die Arbeiten an der vorgeschlagenen Richtlinie des Rates über die Umsetzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes aller Menschen ohne Ansehen von Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung weiterführen. Der Ratsvorsitz wird sich auch mit einer Initiative der Kommission befassen, welche auf einen verbesserten Zugang zu Gütern und Dienstleistungen im Binnenmarkt abzielt, insbesondere für Personen mit Behinderung und ältere Menschen.

Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist ein grundlegender und zentraler Wert in der EU, und es ist auch aus wirtschaftlichen Gründen äußerst sinnvoll, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern.

Irland wird in der Zeit seines Ratsvorsitzes eine Konferenz in Dublin abhalten, die sich mit dem Thema „Das wirtschaftliche Engagement der Frauen und die Agenda Europa 2020“ befassen wird, welches auch mit dem in den meisten Mitgliedsstaaten formulierten Ziel einer Beschäftigungsquote von 75 Prozent für Männer und Frauen in Zusammenhang steht.

Der irische Ratsvorsitz wird auch die Arbeiten an der vorgeschlagenen Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter

Gesellschaften fortführen. Schlussfolgerungen des Rates zum Thema „Frauen als Entscheidungsträgerinnen in den Medien“ sind für den EPSCO-Rat im Juni 2013 vorgesehen. Diese Schlussfolgerungen werden in Übereinstimmung mit den laufenden Anstrengungen auf EU-Ebene zugunsten von Frauen in Entscheidungspositionen und mit der Umsetzung der UN-Aktionsplattform von Peking formuliert werden.

Gesundheitspolitik

In Anerkennung der Bedeutung der Gesundheitspolitik für die Bürgerinnen und Bürger der EU wird der Ratsvorsitz Fortschritte bei einer Reihe von wichtigen Legislativvorschlägen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, Arzneimittel und Medizinprodukte als Priorität behandeln.

Öffentliche Gesundheit: grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen

Das Funktionieren des Gesundheitssystems fällt in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Mitgliedsstaaten. Allerdings machen Gesundheitsbedrohungen keinen Halt vor Landesgrenzen und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten kann daher in manchen Bereichen positive Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit in ganz Europa haben. Die Europäische Kommission hat einen Legislativvorschlag zum Schutz der Bürger vor einer Reihe von bedeutenden grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen - unter anderem übertragbare Krankheiten und Bedrohungen auf biologischer, chemischer oder umweltbezogene Bedrohungen – verabschiedet; der Ratsvorsitz wird an der Erreichung einer Einigung über diesen Vorschlag mit dem Europäischen Parlament arbeiten.

Gesundheit für Wachstum

Der irische Ratsvorsitz wird die Verhandlungen über das Programm „Gesundheit für Wachstum“ fortführen und strebt an, eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über dieses Dossier zu erlangen. Der Vorschlag ist das gesetzgebende Instrument des Europäischen Programms für Öffentliche Gesundheit für die Jahre 2014 bis 2020. Das Programm zielt auf die Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der Entwicklung eines innovativen und nachhaltigen Gesundheitssystems ab sowie auf den verbesserten Zugang der Bürger zu besseren und nachhaltigen Gesundheitssystemen, die Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten sowie den Schutz der Bürger vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren.

Tabak

Irland war eines der weltweit ersten Länder, das die Gesundheit der einzelnen Arbeitskräfte geschützt hat, indem es das Rauchen am Arbeitsplatz verboten hat. Dieses Verbot ist mittlerweile in Europa gang und gäbe und konnte Leben retten und auf lange Sicht den Druck auf die Gesundheitssysteme reduzieren. Dennoch bleibt einiges zu tun, wenn es um den Schutz der Bürger, besonders von Kindern und Jugendlichen, vor den Auswirkungen des Rauchens und der Nikotinsucht geht sowie um die Senkung der langfristigen Kosten des Rauchens für die Gesundheitssysteme und die Wirtschaft in Europa.

Der irische Ratsvorsitz wird die Verhandlungen über eine neue Tabakproduktrichtlinie aufnehmen, welche die gegenwärtige Gesetzgebung novellieren soll. Der Vorschlag wird eine Regulierung von Tabakprodukten anstreben, die den speziellen Eigenschaften dieser Produkte und den negativen Auswirkungen ihres Konsums gerecht wird. Irland wird erhebliche Fortschritte für diesen Vorschlag anstreben.

Arzneimittel und Medizinprodukte

Der Ratsvorsitz plant Fortschritte zu erzielen hinsichtlich des Vorschlags über eine Verordnung über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln. Dieser Vorschlag soll dazu dienen, dem Rückgang an Anträgen für klinische Prüfungen in Europa entgegenzuwirken, welche notwendig sind, um neue innovative Medikamente für Patienten zur Verfügung zu stellen und eine starke Arzneimittelindustrie zu gewährleisten, indem der Verwaltungsaufwand und die Kosten für Sponsoren gesenkt werden und gleichzeitig der Schutz für alle Personen im vollen Umfang gewährleistet ist.

Der Ratsvorsitz ist fest entschlossen, Fortschritte zu machen im Hinblick auf die Vorschläge zu Medizingeräten und In-vitro-Diagnostika, die Ende 2012 veröffentlicht wurden. Ziel der beiden Vorschläge ist die Schaffung eines Gesetzesrahmens für die Herstellung und das In-Verkehr-Bringen von Medizingeräten und In-vitro-Diagnostika unter höchstmöglichem Schutz für Patienten und im Gesundheitswesen Beschäftigte. Medizingeräte spielen eine bedeutende Rolle bei der Rettung von Leben und der Verbesserung der Lebensqualität der Bürger. Fortschritte in der Medizintechnik können auch die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU steigern, Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig die Kosten für das Gesundheitswesen senken und die Qualität und Effizienz der gesundheitlichen Betreuung steigern.

Die EU verfügt über eine bedeutende und etablierte Medizingeräteindustrie mit gutem Potenzial für Wachstum und Arbeitsplätze. Irland wird den politischen und gesetzgebenden Prozess zur Unterstützung von Wachstum und Entwicklung in diesem Sektor vorantreiben.

In Anerkennung der Bedeutung von Innovation und Forschung innerhalb des Gesundheitssektors wird Irland in der Zeit des Ratsvorsitzes zwei hochrangige Konferenzen in Dublin ausrichten. Die erste wird gleichzeitig mit der IT-Konferenz und Ausstellung „World of Health“ stattfinden; die zweite ist eine hochrangige Expertentagung, die gemeinsam mit der GD Forschung und Innovation zum Thema Hirnforschung ausgerichtet wird.

Umwelt

Wenngleich im Hinblick auf den Schutz der Umwelt in Europa schon bedeutende Fortschritte erzielt wurden, bestehen noch große Herausforderungen. Der Druck auf die Ressourcen, insbesondere Rohstoffe, Wasser, Luft und Artenvielfalt, ist weiterhin im Steigen begriffen. Der Ratsvorsitz wird sein Hauptaugenmerk auf das 7. Umweltaktionsprogramm richten sowie auf eine Reihe von gesetzgebenden Maßnahmen zum Schutz von Europas natürlichen Ressourcen und Umwelt für zukünftige Generationen. Der Ratsvorsitz wird auch Maßnahmen fördern und nachhaltiges und grünes Wachstum in sämtlichen politischen und gesetzgeberischen Agenden unterstützen.

Auf internationaler Ebene wird der Umwelt-Rat die Einigung auf ein gemeinsames Vorgehen der EU bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen für die Umwelt, insbesondere des Klimawandels, anstreben. Dem Ratsvorsitz steht ein ereignisreiches internationales Umwelt-Programm für das erste Halbjahr 2013 ins Haus; er wird sich aktiv in diesem Arbeitsprogramm engagieren und sicherstellen, dass die internationale Führungsrolle der EU im Bereich Umweltschutz und Nachhaltigkeit erhalten bleibt.

7. Umweltaktionsprogramm

Die verschiedenen Umweltaktionsprogramme haben in den letzten vierzig Jahren die Entwicklung der Umweltpolitik der EU vorgegeben. Das vorgeschlagene 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) legt die vorrangigen Ziele der EU-Umweltpolitik für die nächsten 10 Jahre fest, basierend auf einer ehrgeizigen Vision für eine integrative, grüne und wettbewerbsfähige umweltbewusste europäische Wirtschaft.

Das 7. UAP ist auch ein wichtiges Element der Strategie Europa 2020 und verbunden mit der Leitinitiative Ressourceneffizienz zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in der EU, insbesondere im Hinblick auf die Ressourceneffizienz und kohlenstoffarme Wirtschaftsentwicklung.

Für den Ratsvorsitz ist das 7. UEP von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Europas; er wird sich daher für den Abschluss einer Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament einsetzen. Der Ratsvorsitz anerkennt, dass dieses ehrgeizige Ziel nur in enger Kooperation und mit der Unterstützung aller EU-Partner erreicht werden kann.

Klimawandel

Der Klimawandel stellt eine direkte und wachsende Bedrohung der Menschheit dar. Die Mobilisierung einer umfassenden und globalen Reaktion ist eine der wichtigsten Prioritäten für die Europäische Union, sowohl intern als auch auf internationaler Ebene durch das UN Rahmenübereinkommen über den Klimawandel. Irland hat die Führungsrolle der EU in diesem Bereich stets unterstützt und der Ratsvorsitz wird daher Fortschritte in einer Reihe von Fragen der Klimapolitik wie der Mitigation (Reduktion von Treibhausgasen) und Anpassung (Reaktion auf die unvermeidlichen Auswirkungen von derzeitigen und vergangenen Treibhausemissionen) als vordringlich behandeln.

Anpassung an den Klimawandel

Die Europäische Kommission plant für März 2013 die Veröffentlichung einer neuen EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel auf Basis des Weißbuches „Anpassung an den Klimawandel: Ein Europäischer Aktionsrahmen“ aus dem Jahr 2009. Obgleich die Anpassung mit Kosten verbunden ist, bringt sie langfristig signifikante Vorteile mit sich, so geringere Schäden und Kosten im Zusammenhang mit extremen Wettervorkommnissen oder neue Wachstumschancen in einigen Sektoren wie der Landwirtschaft und dem Tourismus. Der Ratsvorsitz wird die Formulierung von Schlussfolgerungen im Rahmen des Rates im Juni 2013 anstreben, um damit den Grundstein einer EU-weiten Anpassungspolitik an den Klimawandel zu legen.

Im Zusammenhang mit unseren Bemühungen, ein Schlaglicht auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die ärmsten Regionen der Welt zu werfen, wird der Ratsvorsitz auch eine hochrangige Konferenz zur Klimagerechtigkeit im April 2013 ausrichten.

Änderungen der Emissionshandelsrichtlinie

Der erste von zwei Vorschlägen in diesem Bereich betrifft Änderungen zur existierenden Richtlinie über das Emissionshandelssystem der EU. Ziel der geplanten Änderung ist es, die Auktionstermine für die Emissionshandelsperiode von 2013 bis 2020 festzulegen, um den ordnungsgemäßen Ablauf des Kohlenstoffmarktes zu gewährleisten. Der Ratsvorsitz wird sich daher um eine frühzeitige Einigung mit dem Europäischen Parlament über diesen Vorschlag bemühen.

Basierend auf den vielversprechenden Resultaten anlässlich des Rates der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO im November 2012 betreffend Emissionen aus dem internationalen Flugverkehr und um eine weiterführende Entwicklung dieser Arbeit zu unterstützen, hat die Europäische Kommission einen Legislativvorschlag eingebracht, welche eine befristete Ausnahmeregelung für bestimmte Berichtserstattungspflichten und Einhaltungspflichten im Rahmen der EU Emissionshandelsdirektive für Flüge von und in außereuropäische Länder vorsieht. Der Gesetzgebungsvorschlag wird ein Schwerpunkt des Ratsvorsitzes sein, der hier eine frühzeitige Einigung mit dem Europäischen Parlament anstrebt.

CO₂-Emissionen von PKW's und Kleintransportern

Im Juli 2012 hat die Europäische Kommission zwei separate Vorschläge eingebracht, um die Zielvorgaben für Kohlendioxid-Emissionen bis ins Jahr 2020 für neue Personenkraftwagen und für neue Kleintransporter festzulegen. Der Ratsvorsitz wird sich um baldige Einigung mit dem Europäischen Parlament über diese beiden Vorschläge bemühen.

Fluorierte Treibgase (F-Gase)

Im November 2012 hat die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Prüfung der Anwendung, Folgen und Angemessenheit der Verordnung über fluorierte Treibgase (F-Gase) vorgelegt, um die Bemühungen um eine Reduktion der F-Gase zu stärken, insbesondere angesichts der Tatsache, dass der Einsatz von Alternativen in der letzten Zeit für manche Industriebereiche immer realistischer wird. Die Reduktion der F-Gase ist auch von großer Wichtigkeit, da diese einen signifikanten negativen Faktor für den Klimawandel darstellen. Der Ratsvorsitz ist bemüht, in dieser Sache wesentliche Fortschritte zu machen.

Indirekte Landnutzungsänderungen (ILUC)

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie betrifft Änderungen der bestehenden Rechtsvorschriften zur Qualität von Benzin- und Dieseltreibstoffen und zur Förderung von Energie aus nachhaltigen Quellen. Ziel ist es, einen Übergang auf Biotreibstoffe zu initiieren, welche eine wesentliche Einsparung von Treibhausgasen mit sich bringen und gleichzeitig so weit wie möglich Landstriche auszusparen, die besser für Nahrungspflanzen genutzt werden sollten. Der Vorschlag soll die Berichterstattung über Emissionen aus indirekter Landnutzungsänderung verbessern. Der Ratsvorsitz ist bestrebt, innerhalb der für Umwelt und Energie zuständigen Ratsformationen wesentliche Fortschritte zu diesem Dossier zu erzielen.

Umweltrecht

Prioritäre Stoffe

Im Januar 2012 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Rahmenrichtlinie Wasserpolitik und der Richtlinie zu Umweltsqualitätsnormen veröffentlicht. Der Ratsvorsitz wird daran arbeiten, eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Änderungen der Richtlinie zu erzielen und damit einen weiteren Schritt zum Schutz der europäischen Umwelt und der Gesundheit der europäischen Bürger zu leisten.

Schiffsrecycling

Das Recycling von Schiffen kann ernste Gefahren für die Umwelt und die Gesundheit der involvierten Arbeiter mit sich bringen. Der Vorschlag soll sicherstellen, dass europäische Schiffe nur in Anlagen recycelt werden, die sowohl umweltverträglich sind als auch sicher für die dort Beschäftigten. Der Ratsvorsitz wird eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über diesen Vorschlag anstreben.

Richtlinie über Batterien

Im Jahr 2006 hat die EU Rechtsvorschriften erlassen, die Batterien und Akkus (aufladbare Batterien) umweltverträglicher machen sollten. Die Richtlinie über Batterien beinhaltet im speziellen ein Verbot von Batterien und Akkus, die Quecksilber und Cadmium enthalten, da diese mit potentiellen Gefahren für die menschliche Gesundheit und die Umwelt verbunden sind. Die vorgeschlagene Richtlinie will das Verbot auf weitere Produkte ausweiten und der Ratsvorsitz wird sich um eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über dieses Dossier bemühen.

Programm für Umwelt und Klimapolitik (LIFE)

Das LIFE-Programm der EU ist einer der wichtigsten Mechanismen zur Förderung von Projekten im Umweltbereich. Die Kommission hat einen Vorschlag für ein neues LIFE-Programm vorgelegt, welcher ein weitaus größeres Budget für die Jahre 2014-2020 vorsieht. Der irische Ratsvorsitz wird eine frühzeitige Einigung über dieses Programm anstreben.

Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

Irland wird sich dafür einsetzen, die Arbeiten am Entwurf zur UVP-Richtlinie voranzutreiben, welche darauf abzielt, die existierenden Bestimmungen zu stärken, damit die Umweltverträglichkeitsprüfung für geplante Vorhaben verbessert wird. Der Ratsvorsitz strebt signifikante Fortschritte für dieses Dossier an.

Zugang zu genetischen Ressourcen und die gerechte und ausgewogene Aufteilung der Vorteile, die sich aus deren Nutzung ergeben

Der Vorschlag zum Zugang zu genetischen Ressourcen und der Aufteilung der Vorteile, die sich aus deren Nutzung ergeben wurde von der Europäischen Kommission veröffentlicht und soll der Erreichung der Ziele aus dem Nagoya-Protokoll dienen. Das Protokoll soll sicherstellen, dass die Herkunftsländer biologischen Materials, welches zur Verwendung in anderen Ländern in der Form von neuen und profitablen Produkten dient, wie etwa Nahrungsmittel, Medizin oder biotechnische Wirkstoffe, dafür auch entlohnt werden. Dies würde Entwicklungsstaaten vor sogenannter Bio-Piraterie bewahren und ist auch ein wichtiger Schritt zur Erreichung der globalen Ziele im Hinblick auf Artenvielfalt bis 2020. Der Vorschlag legt Verpflichtungen für Nutzer von genetischen Ressourcen in der Europäischen Union fest. Der Ratsvorsitz strebt signifikante Fortschritte im Rat mit dem endgültigen Ziel einer Ratifizierung Anfang 2014 an.

Internationale Agenda zum Klima- und Umweltschutz

Der Ratsvorsitz wird in führender Rolle als Koordinator und Repräsentant der EU auf internationaler Ebene auftreten. Dies ist umso wichtiger angesichts der grenzüberschreitenden und globalen Probleme in diesem Bereich und das Ausmaß in dem viele der globalen Umweltprobleme auf UN-Niveau diskutiert werden.

UN Rahmenvereinbarung über Klimaänderungen (UNFCCC)

Die jüngste Verhandlungsrunde im Rahmen der UN-Rahmenvereinbarung über Klimaänderungen (UNFCCC) fand im Dezember 2012 in Katar statt. Das Treffen in Katar baute auf die Ergebnisse aus Durban vom Jahr 2011 auf und legte klare Schritte auf dem Weg in Richtung eines multilateralen, rechtsverbindlichen globalen Abkommens bis 2015 fest. Es wird Ziele zur Emissionsreduktion mit genauen Zeitvorgaben beinhalten sowie finanzielle Zusagen zur Klimafinanzierung, um Entwicklungsländern in Sachen Klimaschutz und Klimaanpassung zu unterstützen. Der Ratsvorsitz beabsichtigt, die EU in ihren Anstrengungen zur Einhaltung der in Doha festgelegten Entscheidungen und Fristen anzuführen, insbesondere hinsichtlich der Teilnahme an der UNFCCC-Zwischentagung in Bonn im Juni 2013. Es ist auch vorgesehen, dass die Klimathematik eines der Diskussionsthemen im informellen Treffen der Umweltminister in Dublin im April 2013 sein wird.

Rio+20

Die UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung (Rio+20) hat im Juni 2012 eine Übereinkunft unter dem Titel "Die Zukunft, die wir wollen" herausgegeben, welche vor allem die Rolle einer integrativen grünen Wirtschaft im Kontext der nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung anerkennt. Irland wird die Entwicklung der Position der EU sowie die Nachbereitung auf Ebene der EU und der UNO koordinieren.

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

Eine der Hauptverantwortlichkeiten des Ratsvorsitzes im Rahmen der internationalen Umweltagenda wird die Vertretung der EU bei ihren Beiträgen im Rahmen der 27. Sitzung des Verwaltungsrates/Globalen Ministeriellen Umweltforums (GC/GMEF) im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen sein, welches von 18. bis 22. Februar 2013 in Nairobi stattfinden wird.

Quecksilber

Im Januar wird der Ratsvorsitz die Teilnahme der EU am fünften und letzten Treffen des zwischenstaatlichen Verhandlungsausschusses koordinieren, um eine Einigung über ein rechtsverbindliches Instrument über Quecksilber zu erreichen. Ein positives Resultat dieser Verhandlungen ist von entscheidender Bedeutung angesichts der Tatsache, dass Quecksilber anerkannterweise erhebliche schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt hat.

UN-Konventionen über Chemikalien, Abfälle und die Aarhus-Konvention

Und schließlich werden die Vereinten Nationen im April und Mai 2013 eine Reihe von Tagungen der Vertragsparteien zu den drei UN-Konventionen über Chemikalien und Abfälle abhalten (Stockholm-, Rotterdam und Basel-Konvention); eine Arbeitsgruppentagung der Vertragsparteien der Aarhus-Konvention wird im Juni 2013 stattfinden. Der Ratsvorsitz wird sicherstellen, dass sich die EU optimal in die verschiedenen unter der jeweiligen Konvention zu treffenden Entscheidungen einbringen wird.

Verkehr, Telekommunikation und Energie

Einer der bedeutendsten Motoren des Wirtschaftswachstums und einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der EU heute und in der Zukunft ist ein starker, sicherer, umweltverträglicher, nachhaltiger und kosteneffizienter Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktursektor. Der Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (TTE) befasst sich mit der Entwicklung von koordinierten Netzwerken und Infrastruktur, welche Vorteile für den Binnenmarkt und die gesamte EU-Wirtschaft bringen sollen.

Fazilität „Connecting Europe“ (CEF)

Nachhaltige und untereinander gut verbundene Netzwerke für Verkehr, Energie und digitalen Datenverkehr gehören zu den Prioritäten für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Europas. Die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF), Teil des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), wird festlegen, wie die Ressourcen der Union in den Infrastrukturbereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation/Digitale Netze eingesetzt werden.

Zugang zum digitalen Binnenmarkt ist ebenso ein zentrales Thema von großer Wichtigkeit für Verbraucher und Unternehmer.

Die Entwicklung eines gut vernetzten Energiemarktes in der EU wird für die Verbraucher immense Vorteile bringen. Sie ist auch von besonderer Wichtigkeit, da sie langfristige Energiesicherheit gewährleistet und alternative Energieressourcen fördert.

Gute, integrierte Verkehrsverbindungen sind von entscheidender Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Gezielte Investitionen zur Behebung von Engpässen und zur Schaffung fehlender Verbindungen werden den langfristigen wirtschaftlichen Aufschwung unterstützen.

Der Ratsvorsitz wird die Fazilität „Connecting Europe“ als Priorität behandeln ebenso wie eine Reihe von Einzelschlägen, die Vernetzung Europas zur Wirklichkeit werden lassen.

Verkehr

Transeuropäisches Verkehrsnetz (TEN-T)

Das TEN-T besteht aus einem Paket von Leitlinien und Vorschriften für die Entwicklung eines europäischen Verkehrsnetzes in den nächsten 40 Jahren bis 2050. Die Vision eines TEN-T für ein umfassendes Verkehrsnetz wird das Funktionieren des Binnenmarktes unterstützen und Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken. Dies wird in nachhaltiger Weise geschehen unter Bedachtnahme auf die Bedürfnisse der EU hinsichtlich Energieeffizienz und der Herausforderungen des Klimawandels. Die Verhandlungen über das TEN-T sind schon weit fortgeschritten und der irische Ratsvorsitz hofft auf eine abschließende Einigung mit dem Europäischen Parlament.

Viertes Eisenbahnpaket

Das Eisenbahnpaket ist eines von drei Verkehrsdossiers, welche in die Binnenmarktakte II aufgenommen wurden, um eine wettbewerbsfähigere und modernere öffentliche Verkehrsinfrastruktur in der EU zu fördern. Dies wird für Verbraucher und Unternehmen ein größeres Angebot und kostengünstigere Optionen bedeuten. Der Ratsvorsitz wird daran arbeiten, Fortschritte in diesem Dossier zu erzielen.

Flughafenpaket

Irlands Inselstatus bedeutet auch, dass die kommerzielle Luftfahrt ein wichtiges Thema sowohl für Verbraucher als auch für Exporteure darstellt. Die Flugpassagierzahlen in der EU sind in den letzten Jahrzehnten ständig gestiegen und üben zunehmenden Druck auf die unterstützende Infrastruktur aus. Derzeit sind 70 Prozent aller Verspätungen im Flugverkehr auf Probleme im Bodendienst und nicht im Flugdienst zurückzuführen.

Das Flughafenpaket sieht vor, die Probleme der europäischen Flughäfen rund um Effizienz, Qualität und Kapazität anzugehen. Ein besonderes Hauptaugenmerk wird auf Bodenabfertigungsdienste, Zuweisung von Zeitnischen und Lärmreduzierung liegen. Ein geplanter Vorschlag zu Fluggastrechten soll auch die Rechte von Passagieren, insbesondere bei Flugannullierungen, Verspätungen und Nichtbeförderung, klären.

Der Ratsvorsitz hofft, die Verhandlungen zum Flughafenpaket zu einem zufriedenstellenden Ende zu bringen. Er wird die Verhandlungen zu Fluggastrechten beginnen, sobald der Vorschlag veröffentlicht ist.

Weitere Gesetzgebung des Verkehrsrates

Der Ratsvorsitz ist auch bestrebt, eine Einigung über Vorschläge zur Umsetzung des Seearbeitsübereinkommens und eine neue Fahrtenschreiberverordnung (eines Gerätes zur Registrierung der Bewegungen von Spediteuren in Europa) zu erzielen, sowie Fortschritte bei anderen Dossiers mit Auswirkung auf den Verkehrssektor, wie das Paket Saubere Energie für den Verkehr zur Förderung des Einsatzes von erneuerbaren Treibstoffen; und eine Reihe von sicherheitsrelevanten Vorschlägen wie das Fahrzeugzulassungspaket und die Sicherheit von Fahrgastschiffen. Zwei weitere Dossiers aus dem Verkehrsbereich finden sich in der Binnenmarktakte II – die nächste Phase des Einheitlichen Europäischen Luftraums und die Initiative „Blauer Gürtel“ zur Reduzierung des administrativen Aufwands für kurze innereuropäische Seetransporte; ihre Veröffentlichung und Präsentation wird für die Zeit des irischen Ratsvorsitzes erwartet.

Telekommunikation

Eines der Hauptziele für den Ratsvorsitz in allen Politikbereichen ist das Vorantreiben der Digitalen Agenda für Arbeitsplätze und Wachstum. Europa muss mit den Markttrends und der Lebensweise der Menschen Schritt halten. Im Bereich der Telekommunikation müssen wir neue Technologien und das Internet optimal nutzen, um nachhaltiges Wachstum voranzutreiben und neue Dienstleistungen für unsere Bürger zu bieten. Die Halbzeitbilanz, welche kurz vor Beginn des irischen Ratsvorsitzes veröffentlicht wurde, hat gezeigt, dass eine Neufokussierung auf Schwerpunktbereiche - Ausbau des Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzes, Cloud Computing, Vertrauen und Sicherheit, berufliche Kompetenzen, Online-Services und Online-Inhalte sowie Forschung und Innovation – notwendig ist. Der Bericht legt auch für den irischen Ratsvorsitz und die Mitgliedsstaaten dar, wie die wichtigsten Herausforderungen für den Fortschritt der Digitalen Agenda bewältigt werden können.

Irland hofft, gleich zu Beginn des Ratsvorsitzes eine Einigung zu erreichen über den Vorschlag über eine Richtlinie über die Verwendung von öffentlichen Informationen durch den Privatsektor gegen geringes Entgelt oder entgeltfrei zum Zwecke der Schaffung neuer und innovativer Produkte und folglich der Stimulierung von Beschäftigungswachstum und Entwicklung.

Digitaler Binnenmarkt

Die digitale Infrastruktur wird die Basis für die Schaffung und Organisation des digitalen Binnenmarktes bilden. Die vorgeschlagenen Telekommunikationsleitlinien im Bezug auf die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) zielen auf eine beschleunigte Einführung der nächsten Breitbandgeneration ab sowie auf die Ankurbelung des Ausbaus digitaler Diensleistungen durch die Ergänzung privater Investitionen, vor allem in Bereichen, wo die Wirtschaftlichkeit von Investitionen nicht selbstverständlich ist. Der Ratsvorsitz strebt eine Einigung zwischen Europäischem Rat und Parlament über dieses Dossier an.

Bürger und Unternehmen müssen auch Vertrauen haben können in Online- und virtuellen Handel, wenn diese erfolgreich sein sollen. Deshalb legt der Ratsvorsitz großes Augenmerk auf die Richtlinie über elektronische Identifizierung und Treuhanddienste. Ziel der Richtlinie ist die Schaffung eines pan-europäischen Rahmens für elektronische Identifizierung, Authentifizierung und Anerkennung von elektronischen Unterschriften. Die gegenseitige Anerkennung elektronischer Identität (e-ID) bringt potentielle Erleichterungen im Sinne des grenzüberschreitenden Zugangs der Bürger zu öffentlichen Dienstleistungen in Bereichen wie dem Gesundheitswesen, der sozialen Sicherheit, Steuer, Beschäftigung und Bildung. Der Vorschlag kann den Weg ebnen für eine breitere Nutzung der Online-Dienstleistungen durch alle Europäerinnen und Europäer, was wiederum zu Wachstum und Arbeitsplätzen führt. Der Ratsvorsitz wird die Arbeit an diesem komplexen Dossier vorantreiben, welches einer der noch ausstehenden Vorschläge aus der ersten Binnenmarktakte ist. Der Ratsvorsitz wird auch an Vorschlägen in anderen Ratsformationen arbeiten, wie etwa dem Datenschutz, welche das Wachstum in der digitalen Wirtschaft fördern helfen.

Die Digitale Versammlung der Europäischen Kommission wird im Juni 2013 in Dublin stattfinden. Bei dieser Veranstaltung treffen sich Experten aus Industrie und Zivilgesellschaft mit Vertretern der EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten, um Kooperation und Zusammenarbeit rund um die Digital Agenda zu stärken.

Netzzugang

Der Ratsvorsitz beabsichtigt, Fortschritte bei der von der Kommission vorgeschlagenen Webzugangsrichtlinie, die im Dezember 2012 veröffentlicht wurde, zu erzielen. Der Vorschlag zielt darauf ab sicherzustellen, dass Webseiten für alle Nutzer zugänglich sind, insbesondere für Menschen mit Behinderungen. Der Ratsvorsitz wird diesen Vorschlag im Rahmen seiner Schwerpunktsetzung auf die Digitale Agenda und das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger vorantreiben.

Netzwerk- und Informationssicherheit

Ein Legislativvorschlag über Maßnahmen zur Verbesserung von Netzwerk- und Informationssicherheit – ein Begleitvorschlag zur bevorstehenden Mitteilung über Netzsicherheit – wird für die erste Phase des irischen Ratsvorsitzes erwartet. Hauptziel dieses Vorschlags ist die Gewährleistung größerer Netzwerk- und Informationssicherheit in Europa. Der Ratsvorsitz erwartet die Veröffentlichung dieses Vorschlags durch die Europäische Kommission und wird daran arbeiten, maßgebliche Fortschritte im Bezug auf diese Regelung während des Ratsvorsitzes zu erzielen.

Reduzierung von Kosten für das Hochgeschwindigkeitsbreitband

Im Jahr 2012 haben die Staats- und Regierungschefs bessere Breitbandabdeckung, inklusive der Kostenreduzierung von Hochgeschwindigkeitsbreitbandinfrastruktur, als unverzichtbare Voraussetzung für die Vollendung des digitalen Binnenmarktes.

Der Vorschlag wird gegen Ende des ersten Quartals 2013 veröffentlicht werden und wird Prinzipien festlegen, auf deren Basis die Mitgliedsstaaten den Ausbau des fixen und mobilen Hochgeschwindigkeitsbreitbands durchführen sollen. Kürzlich in Irland unternommene Arbeiten zur Entwicklung eines Nationalen Breitbandplans haben uns eine einzigartige Einsicht in die Herausforderungen bei der Abschaffung von Hindernissen für den Breitbandausbau gebracht, insbesondere in Bezug auf Planung und Zugang zu Infrastruktur. In Anbetracht der irischen Erfahrungen in diesem Bereich erwartet der Ratsvorsitz mit Interesse den Vorschlag der Kommission und wird eng mit allen Partnern kooperieren, um diesen voranzubringen und die Schaffung eines hochqualitativen, sicheren und kostengünstigen Breitbands in der gesamten EU zu ermöglichen.

Energie

Themen wie die Sicherung der Energieversorgung innerhalb eines integrierten Energiemarktes, Auswirkungen auf die Umwelt und die Deregulierung des Marktes werden die Zukunft der Energieversorgung in der Europa bestimmen. Bei der Leitung der Energieverhandlungen wird der Ratsvorsitz sich auch an zu erzielende Vorteile für Arbeitsplätze, Wachstum und für die Verbraucher orientieren. Eine verstärkte Koordination auf EU-Ebene kann sich für Europa positiv auswirken, wenn die Mitgliedsstaaten sich von traditionellen kohlenstoffbasierten Energiequellen weg und in Richtung alternativer, vor allem erneuerbarer, Energien bewegen.

Energiebinnenmarkt

Im November 2012 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung zum Energiebinnenmarkt veröffentlicht. Die Mitteilung anerkennt den von den Mitgliedsstaaten erreichten Fortschritt im Bezug auf die Errichtung des Energiebinnenmarktes. Dennoch streicht sie auch eine Reihe von Themen heraus, welche dringend in Angriff genommen werden müssen, damit die Verbraucher maximalen Nutzen aus dem Energiebinnenmarkt ziehen können, Wettbewerbshindernisse abgebaut werden und die Sicherheit und Nachhaltigkeit der europäischen Energie verbessert wird.

Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse

Es wird erwartet, dass die Kommission in der ersten Phase des irischen Ratsvorsitzes einen Vorschlag zu einer Richtlinie über Nachhaltigkeitskriterien für die Nutzung von Biomasse zu Zwecken der Stromerzeugung, Heizung und Kühlung veröffentlichen wird. Irland wird daran arbeiten, diesen Vorschlag voranzutreiben und anlässlich des Energie-Rates im Juni 2013 einen Bericht über die Fortschritte verfassen.

Mitteilung von Investitionsvorhaben in Energieinfrastrukturprojekte

Es ist zu erwarten, dass der irische Ratsvorsitz mit einem Vorschlag zur Annullierung der Ratsverordnung über die Mitteilung von Investitionsvorhaben in Energieinfrastruktur befasst sein wird, welcher durch einen neuen Rechtsakt auf Basis des Mitentscheidungsverfahrens von Rat und Parlament ersetzt werden soll.

Richtlinie über die Sicherheit von Offshore-Erdöl und Erdgasaktivitäten

Dieser Vorschlag zielt im Lichte der jüngsten Katastrophen auf die Förderung von Sicherheit in der Offshore-Industrie ab und beinhaltet Regelungen, welche die Bereitschafts- und Reaktionskapazitäten im Umgang mit Notfällen stärken sollen. Der Ratsvorsitz wird daran arbeiten, eine frühzeitige Einigung über diesen Vorschlag mit dem Europäischen Parlament zu erzielen.

Indirekte Landnutzungsänderungen (ILUC)

Der Vorschlag über eine Richtlinie zu indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC) sieht einige Änderungen der existierenden Gesetzgebung zur Qualität von Benzin- und Dieseltreibstoffen vor sowie die Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Ressourcen. Ziel ist es, den Umstieg auf Biotreibstoffe zu initiieren, welche eine Reduzierung von Treibhausgasen gewährleisten, und gleichzeitig so weit wie möglich die Nutzung von Land, welches besser für Nahrungspflanzen verwendet werden sollte, einzuschränken. Der Vorschlag zielt darauf ab, die Berichterstattung über Emissionen aus indirekter Landnutzungsänderung zu verbessern. Der Ratsvorsitz strebt an, wesentliche Fortschritte bei diesem Dossier in den Ratsformationen für Umwelt und Energie zu erzielen.

Strahlenschutz

Ein hoher Standard des Strahlenschutzes ist für die EU von großer Wichtigkeit. Der Ratsvorsitz wird sich für eine Einigung über die Änderung der Richtlinie zur Festlegung der Grundnormen für den Gesundheitsschutz für ionisierende Strahlung bemühen, um Patienten, Arbeiter und Mitglieder der Öffentlichkeit, welche solchen Strahlen ausgesetzt sind, schützen soll. Weiters werden die Arbeiten an einem Vorschlag zur Schaffung eines EU-weiten Systems für die Registrierung von Transporten radioaktiver Materialien vorangetrieben werden.

Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Die Bedeutung von Bildung und beruflicher Ausbildung für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung ist in der Strategie Europa 2020 festgehalten. Bildung und wirtschaftliche Ausbildung – zwei wichtige Motoren für sozialen Zusammenhalt und Armutsbekämpfung – haben eine Schlüsselrolle zu spielen im Kampf gegen die derzeitige Krise auf dem Arbeitsmarkt, besonders wenn es um junge Europäerinnen und Europäer geht. Der Ratsvorsitz wird sicherstellen, dass der Rat Initiativen zur Entwicklung einer wissensbasierten und innovationsgeleiteten Wirtschaft unterstützt.

Europas kulturelles Erbe und Vielfalt zählen zu unseren größten Stärken. Der Ratsvorsitz wird sich dafür einsetzen, das Projekt Kreatives Europa voranzutreiben, um die nächste Generation europäischer Künstler und Fachleute zu unterstützen.

Bildung

Für den irischen Ratsvorsitz ist die Senkung der Arbeitslosigkeit in der gesamten EU durch verbesserten Zugang zu Bildung und die Gewährleistung von qualitativ besserer Bildung und beruflicher Ausbildung eine Priorität. Ein starker Akzent wird auch auf die tiefere Integration der Bildungsagenda in den Prozess des Europäischen Semesters gelegt werden, um Arbeitsplätze und Wachstum zu unterstützen. Die Prinzipien von Qualität und Gleichheit sind grundlegend für den Ansatz des irischen Ratsvorsitzes im Bezug auf Bildung und berufliche Ausbildung.

Bildung überdenken

Darüber hinaus wird die kommende Mitteilung der Kommission "Bildung überdenken" als Quelle für die Planung breiterer Bildungsreformen dienen. Die Annahme von Schlussfolgerungen des Rates in Reaktion sowohl auf die Mitteilung als auch auf den Jährlichen Wachstumsbericht 2012 wird anlässlich des Bildungsrates im Februar 2013 beantragt werden.

Erasmus für alle

Erasmus für alle ist das Programm, welches die derzeitigen EU-Programme für Bildung, berufliche Ausbildung, Jugend und Sport zusammenführt. Eine Einigung mit dem Parlament über die Verordnung zu Erasmus für Alle wird eine Schlüsselaufgabe im Rahmen der Agenda Bildung und berufliche Ausbildung sein.

Andere Politikbereiche

Der irische Ratsvorsitz wird besonderes Augenmerk auf die Unterstützung für die wichtige Rolle, die Lehrendenausbildner im Bildungssystem spielen, legen. Höhere Bildung wird eine weitere Priorität sein, mit besonderem Augenmerk auf die Einbeziehung unterrepräsentierter Gruppen, das regionale Engagement von Höheren Bildungsinstitutionen und das Multiranking-Projekt für Universitäten in der EU.

Der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) zielt darauf ab, einen gemeinsamen Referenzrahmen für nationale Qualifikationen in verschiedenen Ländern zu schaffen und damit einzelnen Bürgern und Arbeitgebern ein besseres Verständnis und den Vergleich des akademischen Niveaus von unterschiedlichen Bildungs- und Ausbildungssystemen zu ermöglichen. Es ist wichtig,

dass Bildung und berufliche Ausbildung, die zu Qualifikationen im EQR führen, durch stabile Qualitätssicherungsmaßnahmen abgestützt werden. Der irische Ratsvorsitz wird auch eine Konferenz zum Thema der Qualitätssicherung für Qualifikationsrahmen ausrichten.

Jugend

Das Hauptaugenmerk des Jugendrates wird auf informeller Bildung und Lernen liegen. Irland hat gemeinsam mit seinen Partnern im Dreivorsitz die soziale Integration zu einem politischen Schwerpunktthema für die 18 Monate von Januar 2013 bis Ende Juni 2014 erklärt. Dieses Thema beinhaltet den Zugang zu Jugendservices und Inklusivität und unterstreicht die Bedeutung von Qualität in der Konzeption und Umsetzung von Jugendpolitik und Jugendeinrichtungen.

Der irische Ratsvorsitz wird sich besonders auf den Beitrag qualitätsvoller Jugendarbeit zur Förderung von sozialer Integration aller jungen Menschen konzentrieren, zu ihrer Entwicklung und ihrem Wohlbefinden und auf die Maximierung des Potenzials der Jugendpolitik zur Erreichung der Ziele von Europa 2020, insbesondere im Hinblick auf die Bewältigung der Herausforderung Jugendarbeitslosigkeit.

Der irische Ratsvorsitz wird im März eine große EU-Jugendkonferenz in Dublin ausrichten, welche den Höhepunkt eines EU-weiten strukturierten Dialogs mit jungen Menschen darstellen wird.

Kultur

Kreatives Europa

Kreatives Europa ist ein neues EU-Programm zur Unterstützung des Kultur- und Kreativsektors. EU-Finanzierung wird Künstlern und Kulturschaffenden den Zugang zu neuem Publikum erreichen. Kreatives Europa wird auch die europäische Filmindustrie unterstützen, indem es existierende Initiativen, wie das erfolgreiche MEDIA-Programm aufnimmt. Der irische Ratsvorsitz wird sich aktiv für eine Einigung über diese Verordnung einsetzen.

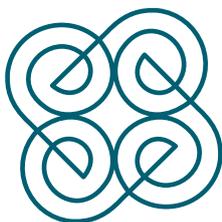
Programm „BürgerInnen für Europa“ 2014-2020

Dieses Programm wurde ins Leben gerufen, um Europa den Bürgern näher zu bringen und sie zu ermuntern, stärker an der zukünftigen Entwicklung der Europäischen Union teilzuhaben. Das Programm besteht aus zwei Strängen mit den Zielrichtungen Gedenken und Bürgerbeteiligung. Die Initiative wird Projekte der Zivilgesellschaft, von lokalen Behörden, NGO's, Think-Tanks, Gewerkschaften und Universitäten auf nationaler und regionaler Ebene unterstützen. Das Programm „BürgerInnen für Europa“ ist besonders dafür geschaffen, die partizipative Demokratie zu fördern, und wird deshalb eine Priorität für den Ratsvorsitz im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger sein.

Sport

Das Hauptziel des Ratsvorsitzes im Bereich des Sports wird es sein, Fortschritte bei einigen im EU-Arbeitsplan für den Sport aufgeworfenen Themen zu machen. Dazu gehört etwa die Frage der parallelen Ausbildung für Sportler. Der Rat wird darüber beraten, wie sichergestellt werden kann, dass Sportler für das Leben nach ihrer gewöhnlich eher kurzen Sportlerkarriere gut gerüstet und gebildet sind.

Eine zweite Priorität wird die Berücksichtigung des Beitrags von Sport zur allgemeinen Wirtschaft sein sowie die Identifizierung der großen Herausforderungen für die nachhaltige Finanzierung von Sport – besonders auf lokaler Ebene. Irland wird die EU in den nächsten 18 Monaten auch bei der weltweiten Anti-Doping-Agentur vertreten.



Uachtaránacht na hÉireann ar
Chomhairle an Aontais Eorpaigh
Irish Presidency of the Council
of the European Union

eu2013.ie

